SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE DER STADT PINNEBERG

DANA BREIDSCHEID UND SABINE BEHN



BERLIN 2025

CAMINO

Im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie in Pinneberg

https://pinneberg-lebt-demokratie.de/

CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG, PRAXISBEGLEITUNG UND FORSCHUNG IM SOZIALEN BEREICH GGMBH

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE

INHALT

1 EINLEITUNG 5

1.1 Begriffsverständnis 6

1.2 Methodisches Vorgehen 7

1.2.1 Auftaktgespräch 7

1.2.2 Dokumentenanalyse 7

1.2.3 Fokusgruppendiskussionen 7

1.2.4 Themenzentrierte Interviews 8

1.2.5 Werkstattgespräch 8

2 SITUATION IN DER STADT PINNEBERG 9

2.1 Raumkontext 9

2.1.1 Die Stadt Pinneberg 9

2.1.2 Bevölkerungsstruktur 10

2.1.3 Politische Einstellungsmuster 10

2.1.4 Wahlen und Wahlverhalten 11

2.2 Die Partnerschaft für Demokratie der Stadt Pinneberg 13

2.2.1 Struktur der Partnerschaft für Demokratie 13

2.2.2 Die erste Förderperiode 2022 bis 2024 13

2.2.3 Zielsetzung in der zweiten Förderperiode ab 2025 14

2.3 Situation in Bezug auf Rechtsextremismus und Demokratieskepsis 15

2.3.1 Rechtsextreme Entwicklungen und Demokratieskepsis in Pinneberg 15

2.3.2 Rechtsextremismus und Demokratieskepsis bei jungen Menschen 17

2.3.3 Entwicklung im Kreis Pinneberg 19

2.4 Situation marginalisierter Gruppen 22

2.4.1 Queerfeindlichkeit und Teilhabe von LSBTIQ+ 22

2.4.2 Rassismus und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte 24

2.4.3 Behindertenfeindlichkeit und Teilhabe von Menschen mit Behinderung 27

2.5 Konfliktthemen um den öffentlichen Raum 27

3 RESSOURCEN DER STADT PINNEBERG 30

4 STRATEGIEN, BEDARFE UND EMPFEHLUNGEN 31

5 LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

1 EINLEITUNG

Mit den Partnerschaften für Demokratie (PfD) erhalten Städte, Gemeinden und Landkreise im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ Unterstützung bei der Einwicklung und Umsetzung von Handlungskonzepten zur Förderung von Demokratie und Vielfalt sowie zur Stärkung der Extremismusprävention vor Ort. Partizipativ und gemeinwesenorientiert entwickeln Akteur*innen aus der kommunalen Verwaltung, der Kommunalpolitik sowie der engagierten Zivilgesellschaft Lösungsstrategien für lokale Herausforderungen und Problemlagen. Hiermit verbunden ist der Leitgedanke, durch Partizipation und Vernetzung die kooperative Zusammenarbeit unterschiedlicher zivilgesellschaftlich und demokratisch aktiver Menschen vor Ort zu stärken.

Für die dritte Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben“ sind die Partnerschaften für Demokratie aufgefordert, eine Situations- und Ressourcenanalyse zu erstellen. Die Partnerschaft für Demokratie der Stadt Pinneberg hat Camino im Frühjahr 2025 beauftragt, diese umzusetzen. Die Analyse hat das Ziel, in Rücksprache mit der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Pinneberg und in enger Zusammenarbeit mit den Akteur*innen vor Ort die lokalen Problemlagen in Zusammenhang mit den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen) zu identifizieren sowie vorhandene Ressourcen und Bedarfe darzulegen. Mit der Situations- und Ressourcenanalyse wird eine Grundlage für die weitere bedarfsorientierte strategische Zielentwicklung und das Handlungskonzept der Partnerschaft für Demokratie gelegt.

Die Analyse ist multiperspektivisch angelegt und basiert auf der Annahme, dass die unterschiedlichen Akteur*innen vor Ort Expert*innen für die Problemlagen sind, die sich in der Stadt Pinneberg zeigen. Ihre Einbindung fördert die lokale Reflexion über Problemlagen, Ressourcen und Bedarfe, die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit sowie eine koordinierte und vernetzte Maßnahmenplanung im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie. Grundlage der vorliegenden Analyse sind deswegen die Fachexpertise und die Einschätzungen von Fachkräften und Expert*innen der Stadt Pinneberg sowie weiterer Expert*innen aus der Region. Unterschiedliche Professionen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern wurden ebenso berücksichtigt wie ehrenamtlich engagierte Personen, die sich in Netzwerken, Bündnissen oder Vereinen für ein demokratisches Zusammenleben in Pinneberg einsetzen.

Nach einer kurzen Skizzierung des methodischen Vorgehens stellt der Bericht die Situation in Pinneberg vor. Hierzu wird zunächst der gesellschaftliche und lokale Kontext dargestellt. Anschließend behandelt der Bericht die Schwerpunktthemen der Situations- und Ressourcenanalyse. In diesem Zuge werden aktuelle rechtsextreme Vorfälle behandelt und insbesondere Radikalisierungsprozesse von jungen Menschen in Pinneberg beleuchtet. Anschließend wird sich der Situation marginalisierter Gruppen zugewandt, wobei ein Fokus auf den Phänomen Rassismus und Queerfeindlichkeit liegt. Neben Berichten von städtischen Akteur*innen, welche die alltäglichen Mechanismen von Ausgrenzung in Pinneberg verdeutlichen, wird sich auch den Aspekten Teilhabe und Beteiligung gewidmet. Ein weiterer Schwerpunkt betrachtet die Konflikte im öffentlichen Raum, insbesondere die damit verbundenen Diskurse um die Pinneberger Innenstadt, unter Berücksichtigung der Frage, wie Orte der Begegnung das gesellschaftliche Miteinander stärken können.

Anschließend werden die in Pinneberg bereits vorhandenen Ressourcen dargestellt, die für die Bearbeitung der Problemlagen als zentral betrachtet werden. Um die gemeinsame Arbeit unterschiedlicher Professionen bei der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen zu fördern, werden Möglichkeiten der Kooperation sowie explizite Bedarfe an eine solche sektorübergreifende Zusammenarbeit dargestellt. Zentrale Erkenntnisse sowie Handlungsbedarfe werden abschließend zusammengefasst und erste Handlungsansätze und Empfehlungen formuliert.

1.1 BEGRIFFSVERSTÄNDNIS

Für die nachfolgende Situations- und Ressourcenanalyse werden zentrale Begriffe definiert. Die hier verwendeten Definitionen beruhen auf dem Begriffsverständnis bereits vorangegangener Situations- und Ressourcenanalysen und sind zum Teil dem Bericht von Hecking und Schwenzer (2025) zur Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie (PfD) Neustadt in Holstein entnommen.

Demokratieskepsis

Der Begriff der *Demokratieskepsis* ist mit Beginn der aktuellen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zu einem Programmbegriff geworden, indem die Bearbeitung damit verbundener Phänomene zu einem der wesentlichen Ziele der Partnerschaften für Demokratie erklärt worden ist. Gleichzeitig handelt es sich um einen vielschichten Begriff, der in seiner medialen und politischen Verwendung für unterschiedliche Phänomene gebraucht wird. Im Folgenden wird der Begriff in Abgrenzung zu einer kritisch-distanzierten Haltung für eher negativ konnotierte gesellschaftliche Einstellungen in Bezug auf demokratische Akteur*innen, Institutionen und Prozesse verwendet. Die Skepsis selbst wird dabei als ein Ausschnitt aus einem Spektrum betrachtet, welches von Gleichgültigkeit über Vertrauensverlust bis hin zu offenem Misstrauen und Demokratiefeindlichkeit reicht (Starkbaum et al. 2023, S. 7 ff.).

Rechtsextremismus

Nachfolgend wird *Rechtsextremismus* aufgrund seines „Integrationspotenzials“ (Salzborn 2018, S. 8) als Sammelbegriff verwendet, um politische Einstellungen und Verhaltensweisen zu beschreiben, die auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen basieren. Eine extrem rechte Orientierung zeichnet sich dadurch aus, die Idee einer „Volksgemeinschaft“ zu teilen, die als höherwertig verstanden wird (Chauvinismus) und durch Rassismus definiert ist. Weitere zentrale Bestandteile extrem rechter Ideologie sind Antisemitismus, Nationalismus und Autoritarismus (u.a. Stöss 2000). Die Verharmlosung oder Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus kann ein Element extrem rechter Ideologie sein – ebenso wie die Akzeptanz von Gewalt gegenüber Menschen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen (Zick et al. 2023, S. 61). Neurechte Strömungen greifen die antidemokratischen und antipluralistischen Ideen einer konservativen Revolution auf, wie sie bereits nach dem ersten Weltkrieg rezitiert worden sind und distanzieren sich öffentlich von einer nationalsozialistisch orientierten ‚Alten Rechten‘. Eines ihrer Kernkonzepte ist der „Ethnopluralismus“, welcher als „Rassismus ohne Rassen“ die Kultur zur Begründung von Ungleichwertigkeit hervorhebt (ausführlich: Meiering 2022).

Rassismus

Rassismus beschreibt ein gesellschaftliches Machtverhältnis, in dem Menschen aufgrund zugeschriebener Merkmale wie Hautfarbe, vermeintlicher Herkunft oder Religionszugehörigkeit systematisch abgewertet und benachteiligt werden. Neben offen diskriminierenden Aussagen äußert sich Rassismus auch in Mikroaggressionen, subtilen Ausgrenzungen und der Botschaft, nicht „dazu zu gehören“ (Hecking/Schwenzer 2025, S. 16).

Queerfeindlichkeit

Gesellschaftliche Heteronormativität beschreibt ein Wertesystem, welches die binäre Geschlechterordnung sowie damit verbundenen Heterosexismus zur Norm erklärt, demgegenüber queeres Leben als „Abweichung“ betrachtet wird. Mit dem Begriff *Queerfeindlichkeit* werden daraus begründete Ausgrenzungsmechanismen und abwertende Einstellungen gegenüber lesbisch, schwul oder bisexuell lebenden bzw. transgeschlechtlichen oder nicht-binären Menschen (LSBTIQ+) beschrieben.

Partizipation

Der Begriff der *Partizipation* beschreibt die Möglichkeit, sich aktiv in Entscheidungsprozesse einbringen zu können und diese durch Einflussnahme mitzugestalten. Partizipative Prozesse beinhalten dabei stets den Anspruch, durch die Öffnung von Entscheidungsprozessen zur Teilhabe von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen beizutragen (Karliczek/Rocha 2021).

1.2 METHODISCHES VORGEHEN

Für die Situations- und Ressourcenanalyse der PfD Pinneberg ist ein multimethodisches und mehrperspektivisches Design gewählt worden, bestehend aus einer Dokumentenanalyse, drei Fokusgruppendiskussionen, qualitativen Interviews sowie einem Werkstattgespräch. Die einzelnen Schritte im Umsetzungsprozess der Situations- und Ressourcenanalyse erfolgten in enger Abstimmung mit dem federführenden Amt sowie der Koordinierungs- und Fachstelle der PfD Pinneberg.

1.2.1 Auftaktgespräch

Im Mai 2025 fand hierfür ein Auftaktgespräch mit dem federführenden Amt der Stadtverwaltung Pinneberg sowie der bei der Volkshochschule der Stadt Pinneberg angesiedelten Koordinierungs- und Fachstelle der PfD statt. Bei diesem Gespräch sind ausgehend von aktuellen Einschätzungen zu Problemlagen erste Themenfelder für die Situations- und Ressourcenanalyse skizziert worden. Basierend auf einer ersten Sichtung bereitgestellter Dokumente sind diese in Abstimmung mit dem federführenden Amt sowie der Koordinierungs- und Fachstelle zu folgenden Schwerpunktthemen verdichtet worden:

- Prävention von Rechtsextremismus und Demokratieskepsis
- Vielfaltsgestaltung mit Schwerpunkt auf Migration und LSBTIQ+
- Generations- und Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum

1.2.2 Dokumentenanalyse

Die Dokumentenanalyse umfasste für die Ausgangssituation und Kontextualisierung die Förderanträge und Sachberichte der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Pinneberg aus den vorangegangenen Förderperioden des Bundesprogramms "Demokratie leben!“. Darüber hinaus sind offizielle Berichte lokaler und regionaler Verwaltungen einbezogen worden, um Aussagen zum Raumkontext in Bezug auf die soziodemografische Entwicklung und das Wahlverhalten treffen zu können. Die Berichte des Verfassungsschutzes Schleswig-Holstein sowie der Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (ZEBRA) sind ebenso berücksichtigt worden wie die seitens des Landespräventionsrates Schleswig-Holstein in Auftrag gegebenen Regionalanalysen zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Schleswig-Holstein. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse für die Region Pinneberg werden im Rahmen des Raumkontextes zusammengefasst dargestellt. Weitere konzeptionelle Dokumente der Stadt Pinneberg zur Förderung von Integration und Teilhabe sowie Medienberichte rundeten die Dokumentenanalyse ab und dienten auch dazu, die aus den nachfolgenden qualitativen Erhebungsschritten gewonnenen Erkenntnisse zu kontextualisieren.

1.2.3 Fokusgruppendiskussionen

Die drei im Juli 2025 durchgeführten Fokusgruppen widmen sich inhaltlich jeweils einem der drei Themenschwerpunkte. Insgesamt beteiligten sich etwa 30 Fachakteur*innen aus unterschiedlichen Professionen und Arbeitsfeldern an den zweistündigen Diskussionen. Zu den vertretenden Professionen und Arbeitsfeldern gehörten Sozialarbeiter*innen, pädagogische Fachkräfte, theologische Vertreter*innen, spezialisierte Fachakteur*innen wie das regionale Beratungsteam gegen Rechtsextremismus sowie Polizeidienstkräfte. Darüber hinaus beteiligten sich Vertreter*innen der Kommunalpolitik sowie der Stadtverwaltung an den Fokusgruppen.

Schließlich konnten die Fokusgruppen auch vereinzelt ehrenamtliche Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen erreichen. Die Fokusgruppen dienten dazu, unterschiedliche Perspektiven hinsichtlich der aktuellen Problemlagen und Herausforderungen in der Stadt Pinneberg einzufangen sowie zentrale Akteur*innen, die zur Problemlösung beitragen können, zu identifizieren. Die Fokusgruppen wurden leitfadengestützt umgesetzt, aufgezeichnet, transkribiert und mit Hilfe der Software MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet.

1.2.4 Themenzentrierte Interviews

Im Anschluss an die Fokusgruppen sind bis Herbst 2025 weitere fünf themenzentrierte Einzelinterviews mit Akteur*innen aus der Stadt Pinneberg sowie der Region geführt worden. Diese dienten dazu, Fragestellungen zu vertiefen und bis dahin bestehende Lücken aus den Fokusgruppen zu schließen. Eines der Interviews ist zum Thema Jugendbeteiligung mit Vertreter*innen des Kinder- und Jugendbeirats der Stadt Pinneberg geführt worden. Zwei Einzelinterviews behandelten die Themen ehrenamtliches Engagement und die Rolle von Freizeitvereinen für Vielfaltförderung sowie Demokratiebildung. Ein weiteres Einzelinterview fokussierte die Situation von neuzugewanderten Pinneberger*innen und Fragen nach gesellschaftlichen Teilhabechancen. Das fünfte Einzelinterview setzte einen Fokus auf das Thema Begegnungsorte und die Rolle von Kulturangeboten für das gesellschaftliche Zusammenleben in der Stadt Pinneberg. Denn insbesondere die Förderung von alltäglichen Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Milieus und Gruppen stellte ein zentrales Anliegen der Fokusgruppen an die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Pinneberg dar.

1.2.5 Werkstattgespräch

Im Rahmen der Demokratiekonferenz fand im Oktober 2025 ein Werkstattgespräch statt, welches mit einem Grußwort durch den Bürgermeister der Stadt Pinneberg eröffnet wurde. Die insgesamt 63 Teilnehmer*innen setzten sich aus Fachkräften unterschiedlicher Professionen, ehrenamtlich Engagierten sowie Abgeordneten der Kommunalpolitik und Mitarbeitenden der Stadtverwaltung zusammen. Die Akteur*innen kamen mehrheitlich aus der Stadt Pinneberg sowie vereinzelt aus der umliegenden Region. Es beteiligten sich sowohl Akteur*innen, welche bereits an den Fokusgruppen bzw. Einzelinterviews beteiligt waren, als auch solche, die an keinem der bisherigen Erhebungsschritte teilgenommen hatten. Das Werkstattgespräch zielte darauf, die bisher aufbereiteten Ergebnisse zu diskutieren, zu ergänzen und zu validieren. Hierzu sind zentrale Ergebnisse aus den bisherigen Erhebungsschritten der Situations- und Ressourcenanalyse durch Camino vorgestellt worden. Anschließend sind diese Inhalte in Anlehnung an die Methode World Café und entlang der Fragen nach (1) Herausforderungen und Problemlagen, (2) Handlungsbedarfen und bestehenden Handlungsansätze sowie (3) zentralen Akteur*innen sowie der sektorübergreifenden Zusammenarbeit diskutiert worden. Hierzu verteilten sich die Teilnehmer*innen auf drei Gruppen. Anhand bereits vorab aufbereiteter Inhalte konnten diese Gruppen für jeweils ca. 20 Minuten individuelle Schwerpunkte bei der Bearbeitung der Fragen setzen. Nach Ablauf der Zeit fand ein Wechsel statt, so dass alle Teilnehmer*innen die Möglichkeit hatten, die drei Fragen durch eigene Inhalte und Perspektiven zu ergänzen. Neben ergänzenden Herausforderungen, die bisher wenig berücksichtigt worden sind, diskutierten die Teilnehmer*innen auch konkrete Lösungsstrategien und formulierten hierzu Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit der Partnerschaft für Demokratie. Darüber hinaus wurde eine beachtliche Zahl konstruktiver Akteur*innen der Stadt Pinneberg identifiziert und erste konkrete Projektideen zur Förderung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit entwickelt.



2 SITUATION IN DER STADT PINNEBERG

Um die Situation in der Stadt Pinneberg zu beschreiben, wird sich zunächst dem Raumkontext (2.1.) gewidmet, dem der Entwicklungsprozess der Partnerschaft für Demokratie (2.2.) folgt. Ausgehend hiervon werden zentrale Befunde in Bezug auf Rechtsextremismus und Demokratieskepsis (2.3), zur Situation von marginalisierten Gruppen (2.4) sowie der Konflikte im öffentlichen Raum (2.4) dargelegt. Abschließend werden zentrale Ressourcen identifiziert (2.5).

2.1 RAUMKONTEXT

2.1.1 Die Stadt Pinneberg

Kurz vor den Toren der Hansestadt Hamburg liegt die Stadt Pinneberg, deren Bevölkerung etwa 44.800 Einwohner*innen umfasst. Als Teil der Metropolregion Hamburg ist es gerade die geografische Nähe, welche die Mittelstadt zu einem attraktiven Lebensort macht und den Zuzug nach Pinneberg bedingt. Dies zeigt sich etwa daran, dass die Stadt Pinneberg in den letzten 25 Jahre fast ausnahmslos ein positives Wanderungssaldo verzeichnete.[1]

Die Stadt Pinneberg gliedert sich in die sechs Ortsteile Pinneberg-Mitte, Quellental, Pinneberg-Nord, Thesdorf, Eggerstedt und Waldenau-Datum. Im Ortsteil Pinneberg-Mitte befindet sich der Bahnhof Pinneberg, welcher Anschluss an den Regional- und S-Bahnverkehr bietet. Der im Jahr 1966 erfolgte Anschluss der S-Bahnlinie 3 verbindet die Stadt Pinneberg mit dem Nahverkehr der Stadt Hamburg.[2] Direkt angrenzend zum Bahnhof Pinneberg befindet sich der Pinneberger Fahlt, welcher neben dem Drosteipark zu den wichtigsten Grünanlagen der Stadt gehört. Über die Bahnhofsstraße und entlang des Pinneberger Fahlts liegt fußläufig das Zentrum der Stadt Pinneberg. Bereits in den 1970er Jahren wurde die sogenannte Dingstätte zur Fußgängerzone ausgebaut, welche bis heute den Kern der Pinneberger Innenstadt bildet. Die Pinneberger Innenstadt steht seit 2009 im Fokus der Stadtentwicklung und ist in den letzten Jahren durch unterschiedliche städtebauliche Maßnahmen sowie mit Hilfe verschiedener Förderprogramme umgestaltet worden (Stadt Pinneberg o.J.). Neben dem Rathaus der Stadt Pinneberg haben etliche der sozialen Träger der Stadt Pinneberg ihren Sitz im Ortsteil Pinneberg-Mitte.

Die Stadt Pinneberg ist zudem Schulträgerin von insgesamt elf Schulen, die von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II reichen und die durch das berufsausbildende Angebot der Berufsschule Pinneberg ergänzt werden (Stadt Pinneberg o.J.). Insbesondere als Bildungsstandort zum Erlernen kaufmännischer, gewerblicher sowie medizinischer Assistenzberufe erreicht die Berufsschule Pinneberg nach eigener Auskunft etwa 4.000 angemeldete Schüler*innen, welche insbesondere im berufsbegleitenden Studium auch aus den drei benachbarten Bundesländern Niedersachsen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern kommen (Berufliche Schule des Kreises Pinneberg in Pinneberg o.J.).

Darüber hinaus existiert in der Stadt Pinneberg ein großes kulturelles Angebot: Die Drostei im Zentrum der Stadt beheimatet Ausstellungen, Lesungen und Konzerte. Das benachbarte Pinneberger Museum widmet sich wiederum der Stadtgeschichte. Auf dem Drosteiplatz finden zudem regelmäßig Feste und Veranstaltungen wie das Craft Beer Festival, das Pinneberger Weinfest oder auch das „SummerJazz“ sowie Open Air-Kinoabende statt. Zudem organisiert die Neue GeWoGe seit 2012 jährlich im Quellental das sogenannte Quellentalfest, welches als Stadtteilfest für das gesellschaftliche Zusammenleben von Bedeutung ist (Einsle 2025). Zu den weiteren Stadtteilfesten gehört außerdem das Erntedankfest im Ortsteil Waldenau, welches vom Bürgerverein Waldenau-Datum ausgerichtet wird.

[1] Die Daten zur soziodemographischen Entwicklung sind dem Strukturbericht 2023 der Stadt Pinneberg entnommen (Stadt Pinneberg Fachbereich III: Stadtentwicklung, Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung 2024).

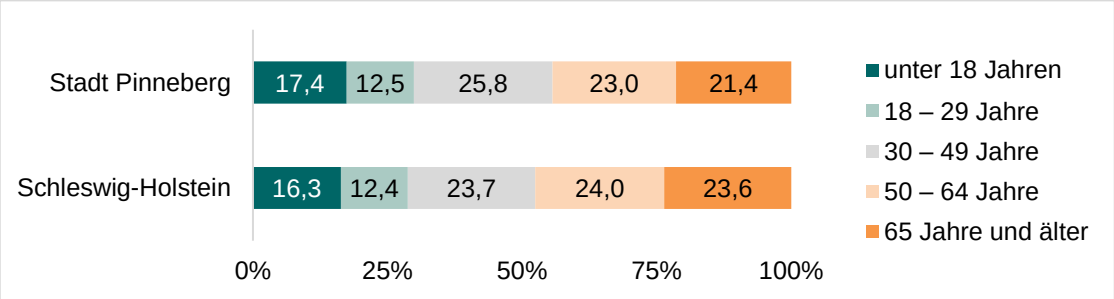
[2] Die Daten zur städtebaulichen Entwicklung gehen auf Angaben des Stadtmarketing Pinneberg e.V. (o.J.) zurück.

2.1.2 Bevölkerungsstruktur

Die Stadt Pinneberg ist nicht nur attraktiver Wohnort für Pendler*innen und Bildungsstandort für Berufsschüler*innen aus der Region, sondern steht auch exemplarisch für die postmigrantische Gesellschaft. So haben im Kreis Pinneberg, zu dem auch die Städte Elmshorn und Wedel gehören, von 320.380 Einwohner*innen etwa 69.672 Menschen eine Einwanderungsgeschichte, was rund 22 % entspricht (Schleswig-Holstein: 17 %).[3] In der Stadt Pinneberg liegt der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte mit rund 30 % noch etwas höher. Dabei sind die Einwanderungsgeschichten der Menschen, die in der Stadt Pinneberg leben, vielfältig: Ein Großteil von ihnen ist selbst eingewandert (23,9 %), andere sind wiederum in zweiter Generation in Deutschland aufgewachsen. Etwas mehr als die Hälfte der Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus der Stadt Pinneberg hat eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit (17,7 %; SH: 8,8 %). Gegenüber dem Zensus 2011 hat sich dieser Anteil annähernd verdoppelt. So hatten zum damaligen Zeitpunkt etwa 9,7 % der Pinneberger*innen eine ausländische Staatsangehörigkeit (SH: 4,2 %).

Der Blick auf die Altersstruktur der Wohnbevölkerung von Pinneberg zeigt, dass diese im Vergleich zum Bundesland Schleswig-Holstein etwas jünger ist. Etwa 30 % der Pinneberger*innen sind jünger als 30 Jahre, was insgesamt 13.124 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen entspricht. Das etwas jüngere Durchschnittsalter der Stadt Pinneberg geht allerdings insbesondere auf einen größeren Anteil der Altersgruppe der 30- bis unter 49-Jährigen zurück, zugunsten der etwas geringer ausfallenden Anteilswerte ab einem Alter von 50 Jahren.

Abbildung 1: Bevölkerungsstruktur nach Alter in Schleswig-Holstein und der Stadt Pinneberg



Datenquelle: Die Daten zur Altersstruktur basieren auf den Ergebnissen des Zensus 2022 mit Stichtag 15.05.2022 (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2024c), eigene Darstellung.

2.1.3 Politische Einstellungsmuster

Die Studienlage in Deutschland, welche die Verbreitung politischer Einstellungen und insbesondere eines rechtsextremen Weltbildes in der Bevölkerung untersucht, unterscheidet sich je nach Bundesland und Region. Für Schleswig-Holstein untersucht das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. im Auftrag des Landespräventionsrates die Prävalenz rechtsextremer Einstellungen und Handlungen unter Schüler*innen der Mittelstufe. Damit werden die Regionalanalysen, welche 2013, 2014 und 2018 umgesetzt wurden, im Jahr 2025 erstmals wieder fortgeschrieben. Zum aktuellen Zeitpunkt können daher lediglich Aussagen über die Situation vor ca. sieben Jahren getroffen werden und diesbezüglich nur für den Landgerichtsbezirk Itzehoe, zu welchem die Stadt Pinneberg gehört. Aufgrund dieser Einschränkungen konzentriert sich die Darstellung auf einen kurzen Überblick zentraler Erkenntnisse.

Die Dunkelfeldbefragung zeigte, dass sich die einzelnen Landgerichtsbezirke in Schleswig-Holstein hinsichtlich der Ausprägungen rechter Einstellungen unter Schüler*innen deutlich unterscheiden. Etwa 2,5 % der Schüler*innen in Itzehoe teilten 2018 ein geschlossen rechtsextremes Weltbild. Niedriger erwies sich ein solches Einstellungsmuster unter Schüler*innen nur in

[3] Die Daten zur Einwanderungsgeschichte und zur Staatsangehörigkeit basieren auf den Ergebnissen des Zensus 2022 mit Stichtag 15.05.2022 (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2024a; 2024b)

Lübeck, höhere Werte verzeichneten hingegen die Landgerichtsbezirke Kiel und Flensburg (Krieg/Beckmann/Kliem 2019, S. 41).

Es zeigte sich zudem, dass die meisten Dimensionen rechter Einstellungen in Itzehoe gegenüber der letzten Befragung häufiger verbreitet waren. Demnach sei die Muslimfeindlichkeit seit 2013 in Itzehoe am stärksten angestiegen und auch der angestiegene Antisemitismus unter Schüler*innen sei in Itzehoe auffällig. Zusätzlich zeigte sich, dass sozialdarwinistische sowie nationalistisch-chauvinistische Einstellungen einzig in Itzehoe signifikant zugenommen hatten (ebd., S. 29 ff.).

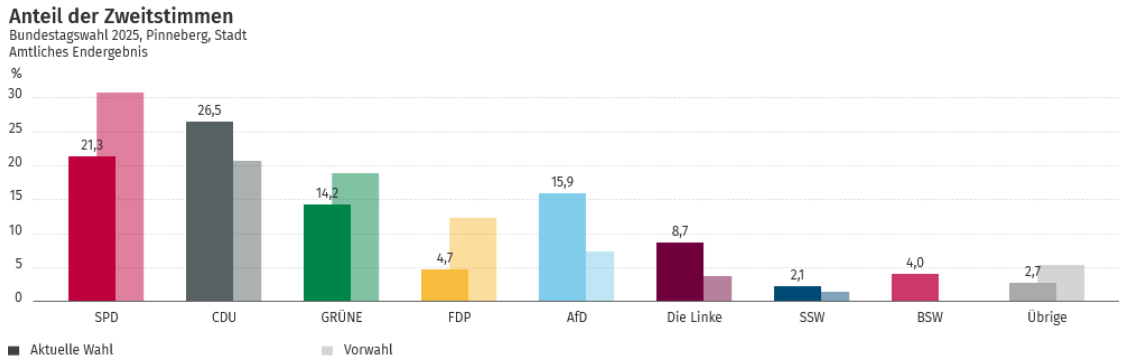
2.1.4 Wahlen und Wahlverhalten

2.1.4.1 BUNDESTAGSWAHL 2021 UND 2025 IN PINNEBERG

Die Wahlbeteiligung in der Stadt Pinneberg war sowohl 2021 als auch 2025 etwas niedriger als im Kreis Pinneberg und in Schleswig-Holstein. So wählten bei der Bundestagswahl 2021 in der Stadt Pinneberg 76,4 % der Wahlberechtigten. Dagegen lag die Wahlbeteiligung im Kreis Pinneberg bei 80,3 % und in Schleswig-Holstein bei 78,2 %. Die Bundestagswahl 2025 war insgesamt von einer höheren Wahlbeteiligung geprägt. Dies zeigte sich auch in der Stadt Pinneberg und der Umgebung. So lag 2025 die Wahlbeteiligung in der Stadt Pinneberg mit 80,5 % ebenfalls geringfügig niedriger als im Wahlkreis Pinneberg (84,6 %) und in Schleswig-Holstein (83,5 %).

Bei der Bundestagswahl 2025 erhielt die CDU die meisten Zweitstimmen in der Stadt Pinneberg (26,5 %), gefolgt von der SPD (21,3 %). Während die SPD deutliche Verluste verzeichnete (-9,4 %-Punkte), konnte die CDU gegenüber der Bundestagswahl 2021 Gewinne erzielen (5,9 %-Prozentpunkte). Besonders hoch waren die Gewinne der AfD, welche von 15,9 % der Pinneberger*innen gewählt wurde und damit 8,6 %-Punkte mehr als bei der Wahl 2021 erhielt.

Abbildung 2: Anteil der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2025 in der Stadt Pinneberg



Datenquelle: Die Darstellung ist dem Ergebnisportal zu den Wahlen in Schleswig-Holstein entnommen (Der Landeswahlleiter des Landes Schleswig-Holstein/Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2025).

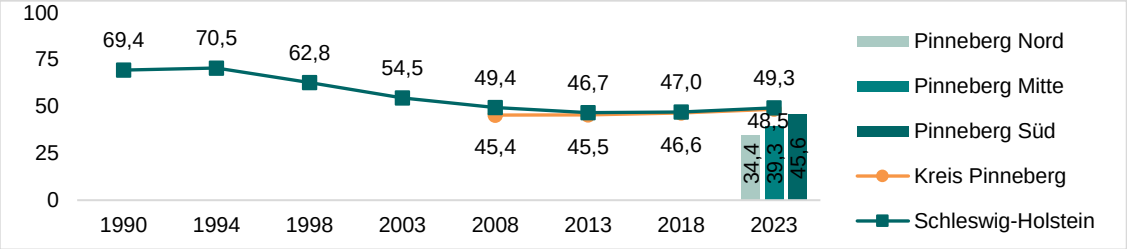
Knapp ein Drittel der Pinneberger*innen hat bei der Bundestagswahl 2025 per Briefwahl gewählt (32,1 %). Die Auszählung dieser Stimmen erfolgt in fünf übergeordneten Briefwahlbezirken, sodass eine Zuordnung zu den insgesamt 19 Wahlbezirken nicht möglich ist. Gleichzeitig unterscheiden sich die Wahlergebnisse zwischen Urnen- und Briefwahl. Während die klassischen Volksparteien SPD und CDU sowie Bündnis90/Die Grünen höhere Gewinne unter Briefwähler*innen der Stadt Pinneberg erzielen konnten, sind Wähler*innen von AfD und Die Linke stärker an der Urne vertreten.

2.1.4.2 KOMMUNALWAHLEN IN PINNEBERG

Während bei Bundestagswahlen in der Regel eine hohe Wahlbeteiligung verzeichnet wird, nimmt die Beteiligung an Kommunalwahlen seit den 1990er Jahren deutlich ab. Diese Entwicklung zeichnet sich in ganz Schleswig-Holstein ab und betrifft auch den Kreis Pinneberg sowie die Stadt Pinneberg. So beteiligten sich an der letzten Kreiswahl 2023 weniger als die Hälfte

der Wahlberechtigten im Kreis Pinneberg (48,5 %). Eine besonders niedrige Wahlbeteiligung kann dahingehend in Pinneberg-Nord festgestellt werden. Hier beteiligte sich nur ca. ein Drittel der Wahlberechtigten an der Kreiswahl 2023. Über eine zunehmend geringere Wahlbeteiligung besteht seit längerem eine politikwissenschaftliche Debatte. Während Schäfer (2008) einen eher individuellen Erklärungsansatz bietet, wonach insbesondere die Zufriedenheit mit der Demokratie sowie der Grad der politischen Aktivität die Wahlbeteiligung fördert, verweist Matuschek (2019) auch auf institutionelle Ursachen für die rückläufige Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen. Demnach zeige sich auffallend, dass der Einbruch der Wahlbeteiligung zeitgleich mit den Reformen des Kommunalwahlrechts in den 1990er Jahren auftrete – eine Entwicklung, die sich im Langzeitverlauf auch für Schleswig-Holstein zeigt. So werden seit 1998 die hauptamtlichen Bürgermeister*innen in Schleswig-Holstein nicht mehr von den jeweiligen Gemeindeparlamenten, sondern von den Bürger*innen per Direktwahl gewählt, was nach Matuschek zu einer Entwertung der Kommunalwahl führe (ebd., S. 50).

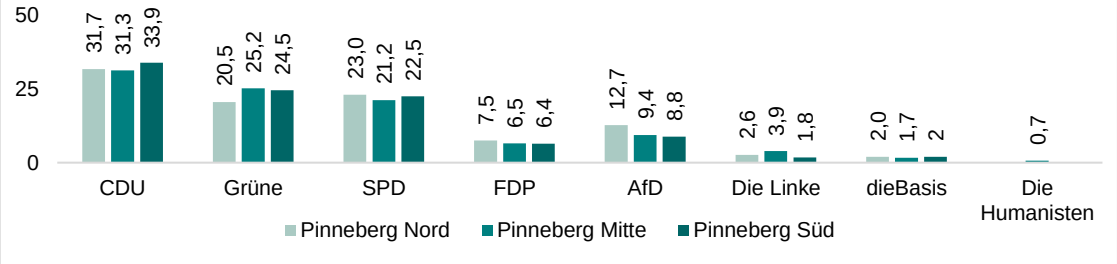
Abbildung 3: Wahlbeteiligung bei Kreiswahlen seit 1990



Datenquelle: Die Daten sind dem Statistischen Jahrbuch Schleswig-Holstein (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2025) sowie dem Ergebnisportal zu den Wahlen in Schleswig-Holstein (Der Landeswahlleiter des Landes Schleswig-Holstein/Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2023) entnommen, eigene Darstellung.

Die CDU erhielt bei der Kreiswahl 2023 die meisten Stimmen (Kreis Pinneberg: 35,7 %) und erzielte in Pinneberg Süd mit 33,9 % ihr stärkstes Ergebnis in der Stadt Pinneberg. Zweitstärkste Partei wurde im Kreis Pinneberg die SPD mit 20,9 % der Stimmen. In der Stadt Pinneberg erzielten die Sozialdemokraten leicht über 20 Prozentpunkte. Neben der SPD konnten auch Bündnis 90/Die Grünen, welche in zwei von drei Stadtteilen knapp ein Viertel der Stimmen erhielten, und Die Linke in der Stadt Pinneberg höhere Wahlergebnisse als im Landkreis erzielen. Anders sieht es hinsichtlich der nachfolgenden Parteien aus. Im Landkreis Pinneberg ist die FDP mit 8,8 % der Stimmen viertstärkte Partei, gefolgt von der AfD mit 9,0 % der Stimmen. In der Stadt Pinneberg erzielt die AfD hingegen in allen drei Stadtteilen höhere Ergebnisse als die FDP. Im Stadtteil Pinneberg-Nord erreicht die AfD mit 12,7 % ihr stadtweit höchstes Wahlergebnis.

Abbildung 4: Stimmenanteile in den Wahlkreisen der Stadt Pinneberg bei der Kreiswahl 2023



Datenquelle: Die Daten sind dem Ergebnisportal zu den Wahlen in Schleswig-Holstein (ebd.) entnommen, eigene Darstellung.

2.2 DIE PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE DER STADT PINNEBERG

2.2.1 Struktur der Partnerschaft für Demokratie

Die Partnerschaft für Demokratie in der Stadt Pinneberg besteht seit Mitte des Förderjahres 2022. Seit Beginn der Förderung übernimmt die Integrationsbeauftrage der Stadt Pinneberg die Aufgabe des federführenden Amts. Mit den Aufgaben der Koordinierungs- und Fachstelle ist seit 2023 ein externer Träger beauftragt. Zunächst wurde hierfür eine Stelle bei dem Diakonischen Werk geschaffen; mit der zweiten Förderperiode der Partnerschaft ist seit 2025 die Volkshochschule Pinneberg Träger der Koordinierungs- und Fachstelle. Zu den Mitgliedern des Begleitausschusses gehören u.a. die Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Pinneberg, der Seniorenbeirat, der Einwandererbund, die Frauenberatung sowie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Die Aufgaben des Jugendforums werden vom Kinder- und Jugendbeirat übernommen, welcher über die Projektmaßnahmen aus dem Jugendfonds entscheidet.

2.2.2 Die erste Förderperiode 2022 bis 2024

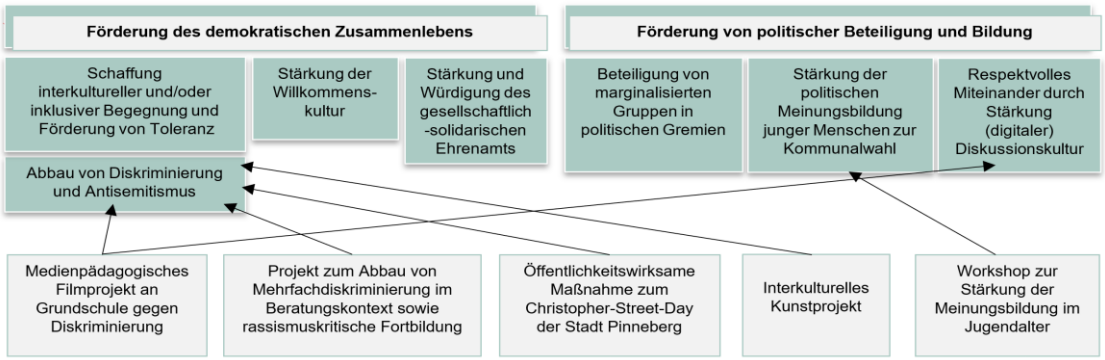
Zu Beginn der Förderung setzte die Partnerschaft für Demokratie in der Stadt Pinneberg bereits erste Schwerpunkte, welche bis heute die Ausrichtung prägen. Zu diesen Schwerpunkten gehörten laut Erstantragsstellung aus dem Jahr 2022:

- Aufrechterhaltung des politischen Engagements in Bezug auf die Wahlbeteiligung,
- Förderung eines Diversity-Leitbildes,
- Stärkung von Beteiligungsprozessen bei gesellschaftlich relevanten Entscheidungen,
- Stärkung des sozialen Engagements,
- Förderung von Bildungsprojekten zur Prävention von antidemokratischen und menschenfeindlichen Einstellungen,
- Ausweitung von Möglichkeiten, um die Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu unterstützen.

Als eine der zentralen Herausforderungen galt von Beginn an die Frage, wie das bestehende ehrenamtliche Engagement in der Stadt Pinneberg anerkannt und vernetzt werden kann, um zu einer Koordinierung von gemeinsamen Maßnahmen beizutragen.

Insbesondere das Förderjahr 2023 stand im Zeichen der Öffentlichkeitarbeit, der Projektberatung sowie der Erarbeitung eines Aktionsplans im Rahmen der Demokratiekonferenz 2023, welche den Schwerpunkt auf das Thema „Zivilgesellschaftliche Teilhabe“ legte und so zur sektorübergreifenden Vernetzung beitragen sollte. Zudem sind die anfänglichen Schwerpunkte in konkrete Leit- und Handlungsziele übersetzt worden. Diese sind im Folgenden nachgezeichnet:

Abbildung 5: Wirklogik in der ersten Förderperiode (2022-2024)



Datenquelle: Sachbericht der Partnerschaft für Demokratie Pinneberg (2024) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

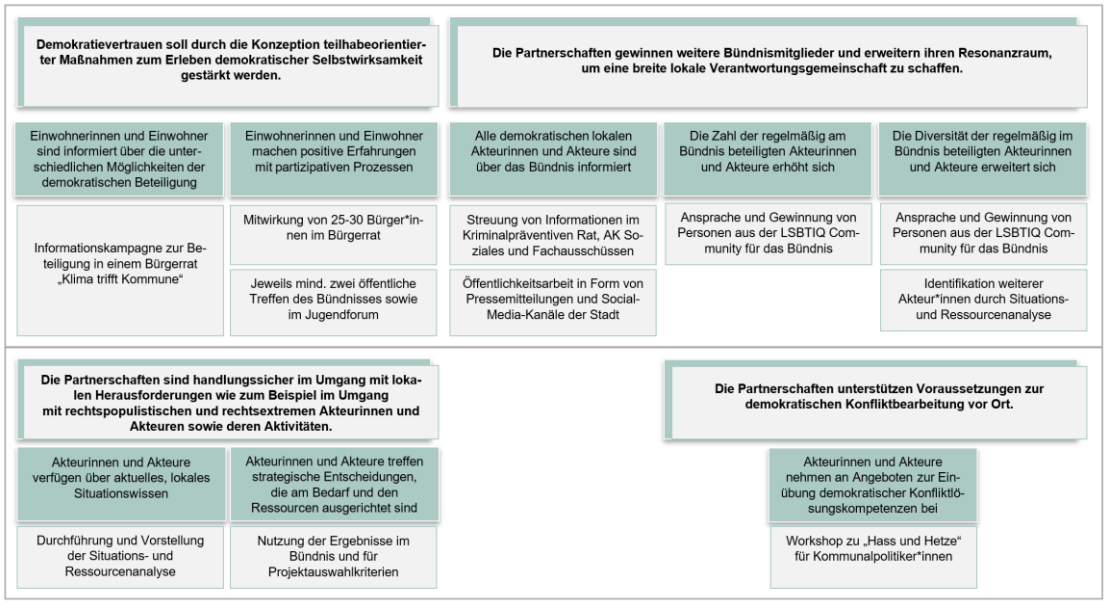
In der ersten Förderperiode zielten die Maßnahmen vor allem auf den Abbau von Diskriminierung und die Förderung von Toleranz in der Stadt Pinneberg. Eine Evaluation der umgesetzten Maßnahmen und Aktionen ist nicht erfolgt. So heißt es als Begründung, dass eine *„Zwischenevaluation erst zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll ist“*, da die *„Partnerschaft für Demokratie … im ersten Jahr in den Kinderschuhen“* stehe (Partnerschaft für Demokratie Pinneberg 2024).

2.2.3 Zielsetzung in der zweiten Förderperiode ab 2025

Mit der 2025 beginnenden Förderperiode gibt das Bundesprogramm „Demokratie leben“ Mittler- und Handlungsziele für die Partnerschaften für Demokratie vor, an denen sich die Zielausrichtung in den Städten und Kommunen orientieren soll. Die Konkretisierung durch die Partnerschaft für Demokratie in der Stadt Pinneberg wird im Folgenden nachgezeichnet, um diese im Zuge der Handlungsempfehlungen aufzugreifen.

Die Darstellung in Abbildung 6 zeigt, dass die Situations- und Ressourcenanalyse dezidiert zur Erfüllung von drei Handlungszielen beitragen soll. Diese betreffen insbesondere die Identifikation weiterer Akteur*innen für das Bündnis, um die Diversität der Mitglieder zu erweitern sowie die Handlungssicherheit der institutionellen Akteur*innen (federführendes Amt, Koordinierungs- und Fachstelle, Kinder- und Jugendforum sowie Bündnismitglieder) im Umgang mit lokalen Herausforderungen in Bezug auf Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu stärken. Hieran schließt die Nutzung der Ergebnisse für die strategische Ausrichtung und die Entwicklung von Entscheidungskriterien für die Projektförderung an.

Abbildung 6: Zielsetzungen für das erste Förderjahr der Förderperiode 2025-2028



Datenquelle: Förderantrag der Partnerschaft für Demokratie Pinneberg (2025). Die Mittlerziele des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ werden in gekürztem Wortlaut wiedergegeben.

2.3 SITUATION IN BEZUG AUF RECHTSEXTREMISMUS UND DEMOKRATIESKEPSIS

Die folgenden Vorfälle, Beobachtungen und Einschätzungen beruhen auf den Erfahrungen der lokalen Expert*innen vor Ort, die sich im Rahmen der Fokusgruppen, der Einzelinterviews und des Werkstattgesprächs an der Situation- und Ressourcenanalyse beteiligten. Diese empirischen Befunde über die Situation in der Stadt Pinneberg werden durch Daten der Dokumentenanalyse für den Kreis Pinneberg ergänzt.

2.3.1 Rechtsextreme Entwicklungen und Demokratieskepsis in Pinneberg

Die Verbreitung demokratiefeindlicher und extrem rechter Haltungen wird von den Befragten als eine zentrale Herausforderung für das soziale Zusammenleben in der Stadt Pinneberg betrachtet. Demnach sei die Entwicklung des Rechtsextremismus auch in der Stadt Pinneberg zunehmend schwerer zu fassen. Ein Mitarbeiter der Polizei beschreibt dies so:

> *„… was so die letzten Jahre passiert ist, ist, dass sich das extrem verteilt hat. Es gibt nicht mehr die eine Gruppe, die NPD-Aufmärsche, die man noch aus den 2000er Jahren kennt. Das ist alles sehr, sehr viel weiter gestreut und es gibt nicht mehr das eine Feindbild Nazi, was man noch vor Jahren prägen konnte. Das ist heutzutage nicht mehr wirklich greifbar, weil das auf allen Ebenen, in allen gesellschaftlichen Strukturen auftaucht. … Also man kann das nicht runterreduzieren auf irgendwelche Randgruppen." (FG1)*

Entsprechend verweisen auch weitere Befragte darauf, dass eine organisierte rechtsextreme Gruppierung in der Stadt Pinneberg kaum durch Personen in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sei (FG1). Dennoch beobachten die Akteur*innen zunehmend rechtsextreme und nationalsozialistische Symbole im öffentlichen Raum. Hierbei werden Graffitis und Schmierereien von Hakenkreuzen sowie Hassparolen mit dem Wortlaut „Ausländer raus" an den Fassaden beobachtet. Wenngleich rechtsextreme und neonazistische Symbole durch die Polizei im gesamten Stadtgebiet beobachtet werden (FG1), wird subjektiv ein regionaler Schwerpunkt rund um den Pinneberger Fahlt bis zur Berufsschule und das nahegelegene Geschwister-Scholl-Haus beobachtet (FG1).

Eine besondere Entwicklung rechtsextremer Raumnahme-Strategien zeigt sich in Form von Stickern der extrem rechten und neonazistischen Partei Der III. Weg. Die Programmatik der Partei Der III. Weg ist völkisch-nationalistisch ausgerichtet und orientiert sich am historischen Nationalsozialismus (Deutscher Bundestag 2024). Seit einigen Jahren bildet die Anwerbung von Nachwuchsmitgliedern eine Schwerpunkttätigkeit der Partei, welche sich an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12 bis 25 Jahren richtet und männliche, gewaltinteressierte Jugendliche im Besonderen adressiert. Neben Clips in sozialen Medien kommt hierbei auch der Verbreitung von Stickern eine zentrale Rolle für die Rekrutierung zu (Bundesministerium des Innern 2025, S. 97 f.). Diese Rekrutierungsstrategie wird auch durch das Regionale Beratungsteam gegen Rechtsextremismus beobachtet:

> *„Der dritte Weg ist auch ein Begriff, den Adolf Hitler in ‚Mein Kampf' geprägt hat. Der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist der Nationalsozialismus. Und insofern ist die Programmatik der Partei relativ klar, die sehr stark versuchen, auch Jugendliche anzusprechen und vor allen Dingen durch Aufkleber usw. … Das ist auch das, was wir bei diesen Aufklebern beobachten, dass die Aufkleber paketweise verschickt werden an Jugendliche, die über TikTok bei irgendjemand Pakete oder bei schon organisierten Neonazis, die genau das machen, Jugendliche mit Aufklebern versorgen. Und das ist auch, wie ‚Der III. Weg' das macht." (FG1)*

Laut Angaben aus dem Verfassungsschutzbericht des Jahres 2024 für Schleswig-Holstein habe die Partei Der III. Weg in Schleswig-Holstein keinen eigenen Landesverband und zeige „im Land keine politischen Aktivitäten von öffentlich relevanter Bedeutung" (Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein 2025, S. 65). Seit 2022 wird das

Personenpotenzial durch die Behörde als konstant bei fünf aktiven Personen eingeschätzt (ebd., S. 79). Im Rahmen der Fokusgruppen werden die Aktivitäten allerdings deutlich umfangreicher eingeschätzt, was auch auf die Rekrutierungsstrategien zurückgeführt wird (FG1).

Die Raumnahme-Strategien treten im öffentlichen Raum üblicherweise an Laternenpfählen, Stromkästen oder Bushaltestellen auf. Die Berichte der Fokusgruppe zeigen, dass den rechtsextremen Raumnahme-Strategien vielfach mit Gegenwehr begegnet wird, indem diese Aufkleber abgerissen oder überklebt werden:

> *„Ich stand letztens an den beruflichen Schulen an der Bushaltestelle. Da kam ein junger Mann, ein coloured people, sag ich mal, und der war an der Laterne und riss einen solchen Aufkleber ab und der [Aufkleber] war vom III. Weg.“ (FG1)*

Dabei ist der Kampf um die Raumdominanz und die Frequentierung nach Einschätzungen der Befragten eine Erklärung für die starke Häufung im Umkreis der Berufsschule. Denn wie bereits im Zuge des Raumkontextes erläutert (siehe 2.1.1), ist die Stadt Pinneberg nicht nur ein zentraler Berufsschulstandort für junge Erwachsene aus der Region, sondern die Berufsschule liegt zudem im stark frequentierten Teil der Stadt zwischen dem Bahnhof Pinneberg und der Innenstadt. Dies wird von einer teilnehmenden Person der Fokusgruppen so beschrieben:

> *„Es ist ja stickermäßig ein sehr umkämpftes Gebiet. Es wird auch sehr viel abgerissen. … Es ist natürlich auch ein Durchgangsweg für die ganze Berufsschule, aber auch für alle, eigentlich alle, die mit der Bahn ankommen. Und man kann das sehr gut sehen. Je nachdem, wann man gerade da durchgeht, sind da die Sticker auch schon wieder alle abgerissen. Aber es wechselt ja auch quasi täglich, welcher Fußballverein mit Stickern da am stärksten vertreten ist.“ (FG1)*

Darüber hinaus sind im Herbst 2025 konkrete Einschüchterungsversuche durch neonazistische Schmierereien an einem Banner der Mahnmal-Initiative beobachtet worden (Fotodokumentation durch Bündnismitglieder). Die Mahnmal-Initiative setzt sich für die Erweiterung des NS-Kriegsdenkmals ein, welches im Juli 1934 angrenzend zum heutigen Bahnhofsvorplatz errichtet wurde. Die denkmalgeschützte Stele, auf der ein Schwert abgebildet sind, soll durch eine Erweiterung zukünftig ein Mahnmal für Frieden, Freiheit und Toleranz sein.[4] Die Schmiererei, deren Wortlaut *„Verpisst Euch. Rotfront verpisst Euch!“* lautete und welche durch doppelte Siegrunen gekennzeichnet war, kann als eine Abwandlung der seit 1987 durch den Bundesgerichtshof verbotenen Hassparole „Rotfront verrecke“ gelesen werden (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022). Der gezielte Angriff auf eine zivilgesellschaftliche Initiative in der Stadt Pinneberg, die sich für die Erinnerungsarbeit an den Nationalsozialismus einsetzt, reiht sich in weitere geschichtsrevisionistische Vorfälle ein. So ist im Rahmen der Fokusgruppen auch das gezielte Beschädigen von Stolpersteinen in der Bahnhofsstraße benannt worden (FG1).

Neben den Aktivitäten aus dem Umfeld der neonazistischen Partei Der III. Weg beobachten verschiedene Teilnehmende einer Fokusgruppe auch die Verbreitung von verschwörungsideologischen Narrativen, welche in ihrem Ursprung auf das Umfeld der Neuen Rechten zurückzuführen sind. Diese werden insbesondere innerhalb der lokalen Facebook-Gruppen beobachtet und beziehen sich auf die kommunalpolitischen Entscheidungen der Stadt, wie die folgende Beobachtung darlegt:

> *„… ich beobachte mehrere Pinneberger Facebook-Gruppen … und da wird zurzeit sehr massiv gegen die Stadt, gegen die Institutionen, gegen die Politik und so getrollt. Also zum Beispiel als wir letztens Probleme mit der Trinkwasserversorgung hatten, da wurde sofort irgendwie der ‚Great Reset‘ ausgerufen und wir werden alle verraten und verkauft. Das wird so geschürt durch bestimmte Personen, wo man auch sofort sieht 'Aha, da ist er wieder'.“ (FG1)*

[4] https://www.pinneberg.de/Leben-in-Pinneberg/Ein-neues-Mahnmal-f%C3%BCr-Pinneberg/, 25.11.2025.

Nach Strobl (2021) handelt es sich hierbei um eine Erweiterung des neurechten Narrativs eines „Großen Austauschs“. Die Erzählung des „Großen Austauschs“ geht dabei auf den französischen Rechtsintellektuellen Renaud Camus zurück und ist die Kurzform für eine Erzählung, wonach eine geheime Weltelite versuche, die *weiße*[5] europäische Bevölkerung mittels Fluchtbewegungen auszutauschen. Die Erweiterung hinsichtlich des „Great Reset“ geht schließlich auf die Coronapandemie und im Anschluss daran kursierende Verschwörungserzählungen zurück, wonach Covid 19 dazu diente, eine globale Neuordnung herzustellen. Ein verbindendes Element jener mit dem Narrativ einer geplanten „Neuen Weltordnung“ einhergehenden Verschwörungserzählungen stellt der Antisemitismus dar. So wird die imaginierte Weltelite durch Personen mit jüdischen Wurzeln wie George Soros oder Bill Gates verkörpert, der in diesen Kontexten oftmals als „jüdisch“ bezeichnet wird (GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus 2021).

2.3.2 Rechtsextremismus und Demokratieskepsis bei jungen Menschen

Fachkräfte aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit beobachten zunehmend eine rechtsorientierte Radikalisierung unter Schüler*innen der Stadt Pinneberg. In den Fokusgruppen wird berichtet, dass sich die Haltung der Pinneberger Jugendlichen in den letzten Jahren deutlich wahrnehmbar verändert habe. Eine Person aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit formuliert das so:

> *„Zum Thema Schule ist auf jeden Fall deutlich erkennbar innerhalb der letzten, ich würde sagen 3 bis 4 Jahre, haben sich in Pinneberg rechte Tendenzen mehr und mehr durchgesetzt und werden von vielen Schülerinnen und Schülern übernommen. Das ist deutlich erkennbar. Das war vorher nicht ganz so stark ausgeprägt.“ (FG2)*

Die Beobachtungen von weiteren Personen verdeutlichen, dass sich dieser Einstellungswandel auch durch veränderte Äußerungen zeigt. So hat es auch schon vorher unter Schüler*innen rassistische oder sexistische Äußerungen gegeben. Diesen Äußerungen wird allerdings eine andere Qualität zugeschrieben, demgegenüber die Äußerungen heutzutage eindeutige ideologische Bezüge aufweisen, wie die folgende Beschreibung nahelegt:

> *„In den letzten zwei Jahren haben wir eine absolute Zunahme an … Beratungsanfragen, insbesondere aus der Schule und [hinsichtlich] der Intensität. In den Äußerungen geht es viel häufiger um Bezüge zum Nationalsozialismus. Früher hatten wir es häufiger … eher mit unterschwelligem Rassismus zu tun. Den haben wir immer noch. Nur jetzt äußern die [Jugendlichen] sich nicht nur unterschwellig oder versteckt rassistisch, sondern sehr offen rassistisch.“ (FG1)*

Darüber hinaus zeigen sich auch vermehrt neonazistische Vorfälle an Schulen. In den Fokusgruppen und Einzelinterviews wird von Aufklebern rechtsextremer Gruppierungen an Schulen (FG1) ebenso wie von Hakenkreuzen berichtet, welche in den Schulen an die Wand gemalt werden (I2). Darüber hinaus finden sich Berichte über Schüler*innen, die aufgrund des Zeigens eines Hitlergrußes im Schulkontext auffallen (FG1).

Die Berichte der Befragten aus den Fokusgruppen und den Einzelinterviews geben auch Hinweise darauf, dass bei den pädagogischen Fach- und Lehrkräften der Stadt eine erhöhte Sensibilität für die geschilderte Entwicklung herrscht. Dies zeigt sich etwa in einer vermehrten Inanspruchnahme von Beratungsangeboten. Dass die pädagogischen Fach- und Lehrkräfte oftmals nicht wissen, wie sie auf das fehlende Verständnis der Jugendlichen reagieren sollen, verweist allerdings auch auf eine Handlungsunsicherheit. Innerhalb des Werkstattgesprächs

[5] In Anlehnung die Kritische Weißseinsforschung und insbesondere Eggers et al. (2005, S. 13) wird das Wort „weiß“ im Folgenden klein und kursiv geschrieben, um deutlich zu machen, dass es sich hierbei – genauso wie beim Wort „Schwarz“ – nicht um eine Bezeichnung von Hautfarben handelt, sondern sozial-politische Konstruktionen, welche rassistische Machtverhältnisse enthalten.

wird zudem der Wunsch von Lehrkräften formuliert, die Schulleitungen der Stadt Pinneberg stärker für den Umgang mit Rechtsextremismus an Schulen zu sensibilisieren.

In Bezug auf die Konsequenzen rechtsorientierter und neonazistischer Handlungen werden in den Fokusgruppen und Einzelinterviews insbesondere strafrechtliche Konsequenzen geschildert. So berichtet die Polizeidienststelle aus Pinneberg, dass sie Strafanzeigen zu rechtsradikalen Inhalten in Klassen-Chats bearbeitet (FG1). Zudem wurde das Hakenkreuz, welches an einer Pinneberger Schule an die Wand gemalt wurde, zur Anzeige gebracht. In diesem geschilderten Fall berichtet eine Schülerin auch von pädagogischen Maßnahmen, welche die Schule getroffen hat, indem der Vorfall im Rahmen des Schulunterrichts thematisiert worden ist (I2).

Bei vielen der berichteten Vorfälle spielt die Verbreitung über digitale Medien eine Rolle. So berichten Befragte über das vermehrte Teilen neonazistischer Inhalte in Klassen-Chats oder von Jugendlichen, welche Videos mit NS-Volksliedern auf Social-Media-Plattformen wie TikTok konsumieren (FG1). Ein Teilnehmer der Fokusgruppen beschreibt den Effekt von digitalen Inhalten auf den Radikalisierungsprozess folgendermaßen:

> *„… das hängt auch ein Stück weit mit Social Media zusammen, weil wenn ich TikTok konsumiere und in dieser Bubble drin bin, dann konsumiere ich so viele Straftaten, dass ich gar nicht mehr das Gefühl habe, es wäre irgendwie strafbar, einen Hitlergruß zu machen, weil wenn ich zehn Hitlergrüße am Tag sehe und wie die anderen Schüler in anderen Schulen das filmen. Dabei habe ich nicht mehr das Gefühl, wenn ich das auf dem Schulhof mache, dass ich dann eine Straftat [begehe]. Das ist ganz häufig, was wir in der Beratung feststellen, dass die Lehrer*innen sagen: Ich weiß gar nicht, was ich sagen soll, die verstehen gar nicht, warum sie dafür bestraft werden. Weil die gar nicht verstehen, dass das eine Straftat ist [und] sogar die Polizei eingeschaltet [wird], weil die gar nicht wissen, dass sie was falsch gemacht haben.“ (FG1)*

Hieraus lässt sich schließen, dass den Jugendlichen oftmals ein Verständnis dafür fehlt, warum rechtsextreme Handlungen strafrechtlich relevant sind. Die Ursache wird entsprechend darin gesehen, dass durch die Verbreitung rechtsextremer Inhalte auf digitalen Plattformen eine Normalisierung stattfindet. Darüber hinaus fehlt es den Jugendlichen auch an Kompetenzen, die neonazistische Agitation im digitalen Raum zu erkennen. Dies zeigt sich anhand eines geschilderten Vorfalls im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit:

> *„Und bei unseren Jugendlichen ist das so, die kriegen halt viel über Instagram, TikTok mit und da werden ganz oft irgendwelche, anscheinend erstmal normale Videos mit Liedern, altdeutschen NS-Volksliedern irgendwie versetzt. Was für die Jugendlichen erstmal so ist: 'Das ist ja ein altes deutsches Lied. Das ist ja erst mal gar nicht schlimm.' Und wenn … wir denen dann erklären, wo das herkommt, dass da dann erst mal dieses ‚ah, okay‘ [einsetzt].“ (FG1)*

Die zunehmende Akzeptanz völkisch-autoritärer Ideologien und deren offene Artikulation unter jungen Menschen in Pinneberg wird auch durch befragte Jugendliche wahrgenommen. In Bezug auf den beobachteten Einstellungswandel nehmen die befragten Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirats wahr, dass dieser innerhalb der Peer-Group *„sehr verharmlost“* wird (I2). Nach ihrer Einschätzung würde eine rechtsorientierte Radikalisierung oft heruntergespielt oder bagatellisiert, indem die Äußerung als *„Quatsch“* abgetan oder davon ausgegangen wird, dass die betroffene Person es anders gemeint habe (I2).

Neben den Einflüssen auf Social-Media-Plattformen, zu denen bei jüngeren Menschen insbesondere TikTok gehört, und der Bagatellisierung und Normalisierung rechter Positionen innerhalb der Peer-Group wird auch die Übernahme politischer Haltungen aus dem Elternhaus als weiterer Erklärungsansatz genannt. Dies wird sowohl in den Einzelinterviews als auch in den Fokusgruppen betont. Die Einschätzungen der Befragten machen zudem deutlich, dass es sich bei einer rechtsorientierten Radikalisierung um einen Prozess handelt, in dem die Übernahme von Meinungen aus dem Elternhaus nur ein Faktor ist. Dieser trägt nach Einschätzung der

Befragten allerdings zu einer demokratieskeptischen Haltung bei. So formuliert ein Teilnehmer aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit diese Erfahrung so:

> *„Was wir so im Alltag merken, ist, dass die Demokratieskepsis eher von den Eltern übertragen wird. Da kommt ganz oft: ‚Ja, meine Eltern haben gesagt, die einzige wählbare Partei ist die AfD' und ‚Die AfD sind die einzigen, die jetzt irgendwie noch was machen' oder so und da wird ganz viel … die Meinung der Eltern übernommen. … Also da wird der Frust quasi aus der Familie rein übertragen in das tägliche Leben von den [Jugendlichen].“ (FG1)*

In den Einzelinterviews wird mit Blick auf die Übernahme von politischen Haltungen der Eltern zudem auf eine Unwissenheit über die Funktionsweise politischer Prozesse bei jungen Menschen der Stadt hingewiesen (I2). Zusammenfassend beschreibt ein weiterer Teilnehmender der Fokusgruppen aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit das Zusammenspiel der einzelnen Faktoren in Bezug auf den rechtsorientierten Radikalisierungsprozess wie folgt:

> *„Bei der Zielgruppe, mit der wir arbeiten, Kinder, Jugendliche, ist natürlich Social Media als der Hauptbeschleuniger, sage ich mal, oder Verstärker für eine Verbreitung von Ideologien, von Diskriminierungsstrategien usw. zu sehen. Ich denke, dass es bei Erwachsenen auch der Fall ist. Bei Kindern ist es halt komplett ungefiltert, dann auch irgendwie Dinge zu adaptieren. Ich denke, das ist jetzt nicht unbedingt auf Pinneberg bezogen, aber … auch in den Elternhäusern. So finde ich selber, dann … höre ich das, was meine Eltern sagen, das übernehme ich einfach. Es ist halt leicht. Und je mehr Infos auf dich einprasseln, desto leichter ist es irgendwie. Was hier? Da kann ich schnell einsteigen. Da kann ich schnell zustimmen. Da mache ich mit. Ja, das ist eine richtige Strategie, auch Hass zu verbreiten und Gewalt zu verbreiten.“ (FG3)*

Das Einzelinterview mit dem Kinder- und Jugendbeirat (KJB) der Stadt Pinneberg verdeutlicht exemplarisch, wie politische Partizipation zur Stärkung demokratischer Strukturen beitragen kann. Hier schätzen junge Menschen insbesondere die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, wirksame Mitbestimmung zu erleben und eng mit Kommunalpolitik zusammenzuarbeiten. Die zunehmende Wertschätzung des KJB durch die Kommunalpolitik wird als positive Entwicklung der Stadt Pinneberg betrachtet.

Ein Hindernis für politische Partizipation junger Menschen besteht zwischen der Teilnahme an politischen Terminen und der Schulpflicht. Zudem wird die Arbeit in demokratischen Gremien häufig als *„zäher Prozess“* erlebt, was mit einem Rückgang der Motivation einhergehen kann. Eine weitere Herausforderung stellt die Sprache in Ausschüssen und in der Ratsversammlung dar; sie wirkt auf Jugendliche oft befremdlich und ist fachlich nur schwer zugänglich, was mitunter zu einem Gefühl der Dequalifizierung führt. Aus Sicht des KJB Pinneberg sollte politische Bildungsarbeit daher möglichst früh einsetzen, um bereits im Kindes- und Jugendalter ein grundlegendes Verständnis für demokratische Prozesse zu fördern.

2.3.3 Entwicklung im Kreis Pinneberg

Die für die Stadt Pinneberg wahrgenommene Entwicklung findet sich auch innerhalb der umliegenden Region wieder. Eine am Werkstattgespräch beteiligte Person bemerkte etwa, dass die Ergebnisse für die Stadt Pinneberg ebenso auch auf die Situation in Elmshorn zutreffen würden. Die zunehmende Akzeptanz rechtsextremer Ideologien ebenso wie die Verbreitung von rechtsextremen und neonazistischen Symbolen in der Stadt Pinneberg zeigt sich entsprechend auch anhand der aktuellen Zahlen auf Landesebene.

Die Straftaten zur Politisch motivierten Kriminalität werden in Schleswig-Holstein u.a. im Rahmen des Verfassungsschutzberichts veröffentlicht. Das zuständige Landeskriminalamt verzeichnet laut Verfassungsschutzbericht im Jahr 2024 eine deutliche Zunahme im Phänomenbereich PMK-rechts um 541 auf 1.516 Straftaten (55,5 %). In der Region Pinneberg wird mit 191 Taten die zweithöchste Fallzahl unter den Landkreisen und kreisfreien Städten erfasst. Damit gehört Pinneberg zu den regionalen Schwerpunkte von Schleswig-Holstein, zu denen auch

Lübeck (198 Taten), Kiel (172 Taten) sowie Ostholstein (120 Taten) gezählt werden (Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein 2025, S. 19).

Der deutliche Anstieg der Straftaten im Bereich PMK-rechts in Schleswig-Holstein ist allerdings nicht auf einen Anstieg der Gewalttaten zurückzuführen. Auch wenn es einen Rückgang der Gewalttaten im Bereich PMK-rechts im Vergleich zum Vorjahr um 20% gibt, machen diese immer noch fast die Hälfte aller Gewalttaten im Kontext der Politisch motivierten Kriminalität in Schleswig-Holstein aus. Insgesamt wurden 65 rechtsmotivierte Gewalttaten im Jahr 2024 verzeichnet (ebd., S. 22).

Hinsichtlich der 1.516 Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität im Phänomenbereich PMK-rechts sind insgesamt 719 Fälle von Hasskriminalität erfasst (Schleswig-Holsteinischer Landtag 2025). Straftaten im Bereich der Hasskriminalität machen damit fast die Hälfte (47,4 %) der landesweit erfassten Fälle im Phänomenbereich PMK-rechts aus. Als Hasskriminalität werden dabei vorurteilsmotivierte Straftaten erfasst, deren Grundlage ein bundesweit einheitliches Erfassungssystem bildet.[6]

Im Landkreis Pinneberg liegt die Zahl der durch die Polizeidirektion Bad Segeberg erfassten Fälle von Hasskriminalität, welche dem Phänomenbereich PMK-rechts zugeordnet werden, bei 30 Straftaten im Jahr 2024 (ebd.). Bezogen auf die insgesamt 191 rechtsmotivierten Straftaten entspricht dies einem Anteil 15,8 %. Hinsichtlich der 30 erfassten rechtsmotivierten Fälle von Hasskriminalität handelt es sich in etwa ähnlicher Größenordnung um Straftaten, die rassistisch motiviert sind und sich gegen Menschen richten, welche als vermeintlich „ausländisch“ wahrgenommen werden, oder sich direkt auf das Thema „Asyl“ beziehen (n = 17).[7] Ein zweiter Aspekt umfasst antisemitische Straftaten, auf die weiter unten eingegangen wird (n = 12).[8]

Insgesamt werden 17 rechtmotivierte Fälle von Hasskriminalität erfasst, in denen die vermeintlich ausländische Herkunft, Rassismus und/oder das Thema „Asyl“ tatauslösend war. Am häufigsten werden dahingehend Beleidigungen nach §185 StGB erfasst (n = 11, 36,7 % aller Fälle). Darüber hinaus werden in diesem Kontext drei Fälle von Volksverhetzung (§ 130 StGB) sowie weitere zwei Fälle von Bedrohung (§241 StGB) gezählt. Ein Fall geht auf den Straftatbestand der öffentlichen Aufforderung zu einer Straftat (§ 111 StGB) zurück. Aus Perspektive der Polizeidirektion Bad Segeberg stellt sich rechtsmotivierte Hasskriminalität, die sich gegen vermeintlich „ausländische“ Menschen richtet und/oder rassistisch motiviert ist, im Jahr 2024 überwiegend als Äußerungsdelikt dar.

Die unabhängige Beratungsstelle ZEBRA registrierte für das Jahr 2024 164 rechte Gewalttaten, darunter Nötigungen und Bedrohungen, einfache, gefährliche und schwere Körperverletzungen sowie versuchte Tötungsdelikte, aber auch massive Sachbeschädigungen und Brandstiftung (Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V. 2025). ZEBRA stellt hier – im Unterschied zur oben dargestellten Analyse zur PMK-rechts – einen Anstieg um 20% im Vergleich zum Vorjahr fest.[9] Die Zahl der Nötigungen und Bedrohungen stieg am stärksten an. Die größte Betroffenengruppe stellen mit Abstand von Rassismus betroffene Personen dar: Über 75% der Taten sind Fälle

[6] Nachfolgend ist zu berücksichtigen, das ein Fall entsprechend seiner Motivlage mehreren Unterthemenfeldern zugeordnet werden kann (Bundeskriminalamt 2024). Insgesamt wird in 28 Fällen und damit am häufigsten das Unterthemenfeld „Fremdenfeindlichkeit“ vergeben. Da es sich hierbei um Unterthemenfeld handelt, das entsprechend der Regelungen zur Vergabe von Ober- und Unterthemenfeldern als eine Art Sammelkategorie zu verstehen ist, erweist sich dessen Aussagegehalt als begrenzt.

[7] Das Erfassungssystem nutzt hierfür unterschiedliche Kategorien, zu denen „Rassismus“, „Ausländerfeindlichkeit“, „Islamfeindlich“ oder „Ausländer-/Asylthematik“ gehören. Da diese aus sozialwissenschaftlicher Perspektive nicht trennscharf sind und hochgradig von der Zuordnungspraxis der Polizeidienstkräfte abhängen, werden diese Straftaten nur fallbezogen dargestellt.

[8] Ein Fall der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (§ 86a) ist den Themenfeldern „Verherrlichung/Propaganda“ sowie „Behinderung“ zugeordnet.

[9] Auch wenn die Vorfallzahlen mit den Fällen des Landeskriminalamts abgeglichen werden, umfasst das unabhängige Monitoring von ZEBRA auch Fälle, die nicht zur Anzeige gebracht wurden. Außerdem weicht die Definition von Gewaltvorfällen von der polizeilichen Definition im Rahmen der Politisch motivierten Kriminalität ab: ZEBRA erfasst z.B. auch Nötigungen und Bedrohungen. Diese beiden Aspekte erklären die unterschiedlichen Zahlen.

rassistischer Gewalt. Unter den Betroffenen sind auch viele Kinder und Jugendliche. Die Beratungsstelle ZEBRA unterscheidet sich noch in einem zweiten Punkt von der bisher dargestellten Analyse der Politisch motivierten Kriminalität. Mit insgesamt 27 rechten Gewalttaten liegt der regionale Schwerpunkt laut der Beratungsstelle im Kreis Pinneberg, wobei ausschließlich rassistisch motivierte Taten registriert wurden.

Wie bereits erläutert, stellen antisemitische Straftaten einen weiteren Schwerpunkt der rechtsmotivierten Fälle von Hasskriminalität dar, welche bei der Polizeidirektion Bad Segeberg im Jahr 2024 erfasst wurden (Schleswig-Holsteinischer Landtag 2025). Bei den insgesamt zwölf antisemitischen Fällen handelt es sich ausschließlich um Volksverhetzungen nach §130 StGB. Besonders auffällig zeigt sich hierbei, dass rechtsmotivierte antisemitische Straftaten im Landkreis Pinneberg in der Regel auch als „Leugnung des Holocaust“ klassifiziert werden (n = 8) und/oder dem Themenfeld „Gesundheitswesen“[10] (n = 5) zugeordnet werden. Die Häufigkeit, mit welcher solche antisemitisch klassifizierten Straftaten im Landkreis Pinneberg erfasst werden, bestätigt noch einmal eine zunehmende Bedeutung neurechter Verschwörungserzählungen (siehe Abschnitt: 2.3.1).

Ein exemplarisches Beispiel für diese ideologische Gemengelange ist der Fall eines Mannes aus dem Landkreis Pinneberg, welcher aufgrund der Leugnung des Holocaust im Konzentrationslager Stutthof in einem seiner Blogbeiträge vom Landgericht Itzehoe im Januar 2024 wegen Volksverhetzung verurteilt wurde. Laut der medialen Berichtserstattung zu diesem Fall provoziert der Mann in seinen Blogbeiträgen bewusst:

> *„In seinem Blog zieht er gegen Massenmord durch Chemotherapie zu Felde, will eine satanische Weltregierung in die Knie zwingen und bedroht Amtsträger“ (Roolfs 2024).*

Neben dem Thema Gesundheit und Medizin beobachten Teilnehmende der Fokusgruppen auch in Bezug auf das Thema Agrarpolitik und die Proteste von Bauern im Jahr 2023 eine jüngere Protestbewegung entlang der Autobahnbrücken der A23 vom Kreis Pinneberg bis nach Dithmarschen, welche sich mit ihren Aktionen „gegen die Bundesregierung“ richtet und nach Einschätzungen der Befragten auch aus dem verschwörungsideologisch geprägten Milieu der Stadt Pinneberg speist:

> *„Beim Drostei-Vorplatz, da standen lange sozusagen diese Verschwörungsleute. … [Sie] sind halt trotzdem noch da und jetzt nicht [auf dem Drostei-Vorplatz], aber sie stehen halt immer noch auf den Autobahnbrücken und leuchten [z.B. mit Warnleuchten von den Autobahnbrücken, eig. Anm.]. Eigentlich durchs ganze Land, aber auch hier im Kreis. ... Und die Leute kommen ja auch aus Pinneberg, die dort stehen … Das Ganze ist eigentlich über die ganze A23 verteilt, hauptsächlich bis rauf nach Dithmarschen stehen immer wieder Leute. Am Anfang sozusagen noch mit Bezug auf die Bauernproteste, inzwischen steht da ja so gut wie kein Trecker mehr, sondern Leuten mit ihren PKWs, wedeln mit einer Deutschlandfahne und haben irgendwie Blinklichter leuchten und versuchen, Autofahrer zum Gucken zu animieren.“ (FG1)*

Im Oktober 2025 verunglückte eine Autofahrerin in unmittelbarer Nähe zu einem solchen Protest auf einer der Autobahnbrücken der A7. Der Kreis Schleswig-Flensburg, in dem sich der tödliche Unfall ereignete, hat als Reaktion die Versammlungen auf Autobahnbrücken zeitweise verboten (NRD Fernsehen/Schleswig-Holstein Magazin 2025).

[10] Hierunter können beispielsweise Straftaten fallen, wenn diese einen Bezug zur Covid-19-Pandemie aufweisen und/oder sich gegen Mitarbeitende des Gesundheitswesens richten.

2.4 SITUATION MARGINALISIERTER GRUPPEN

2.4.1 Queerfeindlichkeit und Teilhabe von LSBTIQ+

Eine problematische Entwicklung schildern die Befragten in den Fokusgruppen und Einzelinterviews auch in Bezug auf die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. In der Stadt Pinneberg häufen sich demnach queerfeindliche, sexistische, antifeministische und homophobe Vorfälle, welche insbesondere auch an Schulen beobachtet werden. Ein Teilnehmer der Fokusgruppen berichtet, dass wiederholt ausgehangene Regenbogenflaggen an Schulen abgerissen und verbrannt werden (FG1).

Übereinstimmend berichten Befragte unterschiedlicher Generationen in den Fokusgruppen und Einzelinterviews von einer starken Polarisierung, welche das Klima an Schulen und unter Jugendlichen präge (FG1, I2). Ein Teilnehmer beschreibt die Situation an den Schulen in Pinneberg so:

> *„[Es gibt] große Auseinandersetzungen immer wieder in vielen Institutionen über die Regenbogenfahne, auch an Schulen. Schulen, wo vielleicht die eine Schüler*innen-Gruppe [eine Regenbogenfahne] aufhängt und dann eine sehr große Polarisierung stattfindet … und dass das auch gleichzeitig eine starke Gegenbewegung auslöst. Es gibt viele Schulen, die eine dritte Toilette einführen und das aber für eine starke Gegenbewegung sorgt." (FG1)*

Traditionelle Vorstellungen von Männlichkeit und eine fehlende Ambiguitätstoleranz können auch in Pinneberg als ein Erklärungsansatz für die stärker ausgeprägte Queerfeindlichkeit von männlichen Jugendlichen betrachtet werden, wie durch eine der Befragten beobachtet wird:

> *„… ich würde tatsächlich sagen, Mädchen fällt das deutlich leichter als Jungs … Teilweise ist das echt krass ausgeprägt, was Jungs angeht. Vielleicht, weil die nicht so ein krasses Selbstbewusstsein haben. Im Endeffekt stört es sie nicht, aber die meinen ja, wir wollen … Es ist ja auch eine Beleidigung ‚Das ist voll schwul', das sagen ja viele. … Also ich würde sagen, bei Mädchen ist deutlich mehr Akzeptanz, Toleranz, Unterstützung." (I2)*

Wie bereits hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen ist auch die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stark durch Narrative in den sozialen Medien bedingt. Die Verbreitung von Verschwörungserzählungen im Netz kann als weiterer Erklärungsansatz betrachtet werden, dass die LSBTIQ+ Bewegung von einem Teil der Schülerschaft als etwas *„Aufdringliches"* wahrgenommen wird, welches eine *„geheime Agenda"* verfolge (I2).

Insgesamt gehen die Befragten davon aus, dass etwa jede*r dritte bis vierte Schüler*in ablehnend gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt eingestellt ist. Die Befragten kommen dabei anhand konkreter Beobachtungen aus dem Nahumfeld zu ihrer Einschätzung, wie die folgende Schilderung zeigt:

> *„Und wir haben in unserem Jahrgang auch eine transsexuelle Person gehabt und da war es dann halt tatsächlich so, dass aus meiner Erfahrung dadurch, dass ich auch mit der Person befreundet bin, dass dann mehr oder weniger 3/4 der Personen aus unserem Jahrgang positiv darauf reagiert hatten und das ist eher das, was ich persönlich als Maßstab nehme. Ich finde aber auch, dass viele der Personen, die jetzt Geschlechteridentität oder Homosexualität als Idee abweisen, in der Realität noch mal anders handeln." (I2)*

Es zeigt sich in den unterschiedlichen Schilderungen über das Outing von queeren Jugendlichen, dass die Erfahrung, welche Pinneberger Schüler*innen machen, stark abhängig von der Peer-Group ist. Neben positiven Erzählungen über Akzeptanz und Unterstützung der Peer-Group berichtet eine weitere teilnehmende Person der Fokusgruppen konkret auch von Mobbing und Ausgrenzung. Gleichzeitig hebt die Schilderung auch das Handeln der Lehrkräfte hervor, welche in diesem Fall unterstützend gehandelt haben. Die Situation an den Schulen der Stadt stellt sich daher ambivalent und als Ort vielschichtiger Erfahrungen dar, wie die nachfolgende Erzählung verdeutlicht:

> *„Das sind Erfahrungen meiner jüngeren Tochter, die halt in der Schule gemobbt worden ist aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Gleichzeitig [ist der Raum] Schule gut, weil von der Schule selber halt Unterstützung kam. Aber natürlich diese Peer-Groups, die grenzen natürlich auch aus. Deswegen ist es halt schwierig, den Raum Schule zu nehmen, sondern es ist, glaube ich, eher so als Erfahrungsbereich [zu betrachten], wo sich natürlich jüngere Menschen aufhalten und der ganz stark prägt." (FG2)*

Diese Erzählung bestätigt noch einmal, dass die Lehrkräfte an den Pinneberger Schulen überwiegend für die dargelegten Entwicklungen an den Schulen sensibilisiert sind. Gleichzeitig betonen befragte Jugendliche, die zum Teil erst kürzlich die Oberstufe absolviert haben, dass der Umgang in Situationen von Ausgrenzung oder Anfeindung sowie bei queerfeindlichen Kommentaren stark variiert (I2).

Ein Safe Space für queere Jugendliche in Form eines offenen Treffpunkts, um sich über geteilte Erfahrungen auszutauschen sowie Unterstützung und Empowerment zu erfahren, besteht in der Stadt Pinneberg nur eingeschränkt. Das einzige regelmäßige offene Angebot für queere Jugendliche der Stadt initiierte die aufsuchende Jugendsozialarbeit, indem entgeltfrei eine Räumlichkeit im Geschwister-Scholl-Haus angemietet wurde. Der Umstand, für einen Safe Space regelmäßig Räume anmieten zu müssen, erschwert allerdings den Zugang zu Angeboten für LSBTIQ+ Kinder und Jugendliche:

> *„Für meine queere Gruppe haben wir tatsächlich keine eigenen Räumlichkeiten. ... Der Zugang ist dadurch natürlich erschwert, dass ich einen Raum [z.B. im Geschwister-Scholl-Haus] buchen muss und zeitgleich vielleicht [ein] anderes [Angebot] stattfindet. Also einfach mal rumkommen mit seinem Thema geht, klar. In der offenen Sprechstunde immer gerne, aber ansonsten haben wir meines Wissens keinen richtigen Raum für die Zielgruppen." (FG2)*

Obwohl das Thema Queerfeindlichkeit in den Fokusgruppen und Einzelinterviews überwiegend im Kontext von Schule thematisiert wird, ist es keineswegs als ein Jugendphänomen zu betrachten. Teilnehmende Personen des Werkstattgespräch ergänzen etwa, dass Queerfeindlichkeit nicht nur unter jungen Menschen verbreitet ist, sondern alle Altersgruppen einschließt. Zudem wird darauf verwiesen, dass Queerfeindlichkeit als ideologisches Fragment *„auch in religiös motivierten Kreisen verbreitet"* ist (WSG).

2.4.2 Rassismus und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte

Die Pluralität der Stadtbevölkerung Pinnebergs macht es notwendig, die Fragen nach rassistischer Diskriminierung und Ausgrenzung sowie den Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationsgeschichte differenziert zu betrachten. Die Migrationsgeschichte der Stadt Pinneberg ist wie in anderen westdeutschen Regionen durch verschiedene Phasen der Einwanderung geprägt, entsprechend unterschiedlich sind die Migrationsgeschichten der Menschen, die in Pinneberg leben (siehe Abschnitt 2.1.2). Problematische Entwicklungen, die der Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte entgegenwirken, zeigen sich laut der Fokusgruppen und der Einzelinterviews in unterschiedlichen Lebensbereichen.

Übereinstimmend schildern die Befragten, dass soziale Teilhabe für Menschen mit Migrationsgeschichte ein Problem in Pinneberg darstellt, welches durch fehlende Kenntnisse und Armut verstärkt wird. Eine differenzierte Perspektive hinsichtlich dieser Problemlagen zeigt sich in einem der Einzelinterviews, indem zwischen der Situation von Geflüchteten und EU-Bürger*innen unterschieden wird.

> *„Bei den Flüchtlingen gibt es ja so ein Auffangnetz, sage ich mal. Jeder von ihnen muss sich melden und jeder wird dann zu einem der Flüchtlingsheime weitergeleitet. Dann weiß der Kreis, dass so viele Flüchtlinge zu uns kommen, und die werden aufgeteilt. Und dann sagen die, okay, du musst zum Sozialamt, du musst vom Sozialamt zum Jobcenter. Die Rumänen, Bulgaren oder EU-Bürger, sage ich mal, fallen in diesem Raster durch, denn die müssen sich nicht melden, die können einfach herkommen. Ja. Ich hatte vor drei Jahren ein rumänisches Kind, das hat drei Monate hier gelebt, kein Kindergeld bekommen und war nicht in der Schule angemeldet.“ (I1)*

Demnach eröffnet die Beantragung eines Asylverfahrens in der Regel ein institutionelles Auffangnetz, über das betroffene Personen gezielt auf soziale Hilfsangebote der Stadt Pinneberg hingewiesen werden. Hingegen sind es insbesondere die EU-Bürger*innen wie zum Beispiel aus Rumänien und Bulgarien, welche in der Stadt Pinneberg wenig soziale Unterstützungsstrukturen wahrnehmen, was sich negativ auf die Bildung der Kinder auswirken kann. Zudem beobachtet die befragte Fachkraft aus der Migrationshilfe, dass Geflüchtete häufiger und regelmäßiger Integrationskurse besuchen. Die befragte Person nennt dahingehend unterschiedliche Ursachen, welche die mangelnde Inanspruchnahme von Unterstützungs- und Integrationsangeboten begründen. Ein wesentlicher Aspekt stellt der hohe Grad an Eigenverantwortung bei der Antragstellung von Sozialleistungen sowie der Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen dar. Oftmals fehlt den Betroffenen in diesen Fällen dann schlichtweg das Wissen darüber, wie das eigene Kind an einer Schule angemeldet wird oder an welches Amt sich für die Beantragung von Kindergeld gewendet werden muss (I1). Ein weiterer Aspekt sind finanzielle Abwägungen, demnach würden die Menschen nach Einschätzung des Befragten *„wenig Integrationskurse besuchen, sondern eher versuchen, zu arbeiten, Geld zu verdienen“* (I1).

Besonders häufig wird in den Fokusgruppen und Einzelinterviews der Stadtteil Pinneberg-Nord im Kontext von sozialer Benachteiligung genannt. So schildert eine der Teilnehmenden aus den Fokusgruppen, dass Jugendliche im Stadtteil Pinneberg Nord soziale und kulturelle Teilhabehürden beim Zugang zu Sportvereinen und Jugendclubs erleben (FG1, FG3). Eine weitere Person konkretisiert im Einzelinterview, dass im Breiten- und Freizeitsport vor allem das Ansprechen auf Sozialtarife, welche mithilfe von Gutscheinen des Bundesprogramms „Bildung und Teilhabe“ subventioniert werden, „*ein großes Hemmnis*“ für armutsbetroffene und einkommensschwache Personen sein kann (I3). Hinsichtlich der Jugendclubs wird speziell auch auf die Kapazitäten des Club Nord hingewiesen, welche beispielsweise nicht ausreichen, um den Bedarf der Kinder und Jugendlichen nach Betreuung zu decken (FG3). Insbesondere für einige der Mädchen im Club Nord bestehen besondere soziale Teilhabehürden, wenn familiäre und kulturelle Normen die Teilnahme an Freizeiteinrichtungen und -aktivitäten verbieten, welche geschlechtlich gemischt sind (FG2). Erschwerend kommt für diese Mädchen hinzu, dass ihre

Wünsche nach einem Mädchenraum aufgrund fehlender Ressourcen nicht realisiert werden können (FG3).

Teilhabehürden und Exklusionsmechanismen werden von den Teilnehmenden der Fokusgruppen auch mit Blick auf die kulturellen Angebote der Stadt beobachtet. Wie eingangs beschrieben (siehe Abschnitt: 2.1.1) finden in der Stadt Pinneberg jährlich verschiedene Stadtfeste statt. Diese Kulturangebote werden durch die Zuschüsse an das Stadtmarketing e.V. durch die Stadt Pinneberg mitfinanziert. Eine teilnehmende Person schildert die Problematik in Bezug auf die Stadtfeste so:

> *„Und in der Innenstadt, da haben wir immer wieder die Themen, da gibt es halt so unterschiedliche Erwartungshaltungen an eine Innenstadt und es gibt meiner Meinung nach zu wenig Miteinander. In dem Sinne, auch was hier durch die Stadt an Kultur und Festen angeboten wird, berücksichtigt nicht alle Bürger*innen, sondern hat oft eine bestimmte Zielgruppe. … Also nicht alle Veranstaltungen, siehe CSD. Es gibt aber auch viele Veranstaltungen … wie das Weinfest, Craft Beer Festival, welche die bürgerliche, alkoholtrinkende Gesellschaft [als Zielgruppe haben]. Also alleine, wenn Alkohol im Fokus steht, wird es sehr viele nicht mit einbeziehen.“ (FG2)*

Neben der Inanspruchnahme von Sozialleistungen und der Teilhabe an Bildungs-, Freizeit- und Kulturangeboten ist ein weiteres Problem in Pinneberg die Suche nach günstigem und ausreichend großem Wohnraum, insbesondere für neuzugewanderte kinderreiche Familien (FG2, I1). Ein Teilnehmer der Fokusgruppen beschreibt dahingehend auch den Wohnungsbau in Deutschland als strukturell diskriminierend, da dieser nicht auf die Bedürfnisse von Menschen mit Einwanderungsgeschichte angepasst ist:

> *„Der Wohnungsmarkt lebt nur von genossenschaftlichem Denken. Da gibt es aber auch Diskriminierung. Natürlich, auch bei der GeWoGe schaffen wir es oft nicht, größere Familien mit syrischem und afghanischem Hintergrund mit Wohnraum zu versorgen. Aber das liegt auch daran, dass die Deutschen eben früher für den Zweipersonenhaushalt gebaut haben und es Familien gibt mit fünf Kindern Aber wie gesagt, gerade da, wo es gesteuert werden kann, da ist Wohnraum möglich. Und da freue ich mich über jede Wohnung, die mit Förderung vom Land und von der Stadt da ist“ (FG2).*

Das geringe Angebot an großflächigen Wohnungen stellt eine Herausforderung dar, welcher durch den städtischen Wohnungsbau nur bedingt entgegengewirkt werden kann. Zudem ist die hohe Nachfrage aufgrund der stadträumlichen Nähe zu Hamburg eine weitere Ursache, welche zu einem anspannten Wohnungsmarkt in Pinneberg führt und die Wohnraumsuche für neuzugewanderte Menschen erschwert. Diskriminierung bei der Vergabe von Wohnraum stellt einen möglichen zusätzlichen Belastungsfaktor dar, wie einer der Befragten im Einzelinterview vermutet, was sich nach dessen Einschätzung allerdings nur selten eindeutig belegen lässt:

> *„Man kann [Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe] nicht beweisen, aber man vermutet es …. Ich bin selbst Türke und wenn ich telefoniere … ich habe es selbst privat erlebt. Wenn ich telefoniere, dann ist alles in Ordnung. Und wenn ich meinen Nachnamen sage, dann kommt plötzlich ‚Oh, die Wohnung ist doch vergeben.‘“ (I1)*

Inwiefern es durch die Verwaltung und Behörden der Stadt Pinneberg, wie z.B. dem Jobcenter oder der Einwohnermeldebehörde, zu rassistischen Verhaltensweisen kommt, unterscheidet sich in den Einschätzungen der Teilnehmenden der Fokusgruppen und Einzelinterviews. Ein Teilnehmer der Fokusgruppen berichtet aus der ehrenamtlichen Migrationshilfe von unterschwelligem Rassismus, indem ausländischen Personen beim Behördengang unfreundlich und abweisend begegnet wird:

> *„… Alltagsrassismus [findet] sehr stark und häufig und das gilt auch ganz konkret für Pinneberg in den Behörden statt. Das muss man einfach so sehen. Welche Gründe das hat, kann ich nicht analysieren. Möglicherweise, weil eben viele Ausländer auch mit den deutschen*

Behörden zu tun haben, weil sie sich überall melden müssen und beim Jobcenter jeden Tag neue Anträge stellen und dergleichen mehr. Aber das höre ich am meisten heraus, … dass dort in Behörden viel Alltagsrassismus erfahren wird. Das ist häufig sehr unterschwellig. Aber wenn ich selber zum Beispiel in die Meldebehörde in Pinneberg gehe, auch mit Klienten, dann bekomme ich häufig die Frage gestellt: ‚Haben Sie einen Termin oder was wollen Sie denn hier?' So in diese Richtung. Und das erleben auch wirklich viele Menschen im Alltag, die mit Behördenangelegenheiten zu tun haben." (FG1)

Im Einzelinterview lobt ein anderer Befragter, welcher hauptamtlich im Bereich der Migrationshilfe tätig ist, hingegen die Mitarbeitenden im Umgang mit ausländischen Klient*innen (I1); Gründe für die Ungleichbehandlung werden übereinstimmend von beiden Befragten in der hohen Arbeitsbelastung und der Überforderung von Behördenmitarbeitenden gesehen (FG1, I1). Neben der Erfahrung von rassistischer Diskriminierung in Behörden berichtet eine weitere Teilnehmerin der Fokusgruppe von einer zunehmenden Diskriminierung am Arbeitsplatz:

„Also was uns in der Beratung tatsächlich vermehrt zugetragen wird, sind Diskriminierungen im Arbeitsleben. Wo aber ... die Menschen dann versuchen, andere Auswege zu finden. Es ist selten so, dass es angezeigt wird oder dass sich wirklich zur Wehr gesetzt wird, sondern eher so, dass sie sich so schnell wie möglich woanders bewerben, in der Hoffnung, dass es besser wird. Ich glaube, dass da ganz, ganz viel verdeckt stattfindet. Und es ist auch wirklich schwer, die Menschen zu ermutigen, dann zu sagen ‚Hey, das ist falsch' oder tatsächlich einen Weg zu finden. Wir haben ja ganz viele Wege eigentlich für uns, die wir gehen können, um solche Dinge also zu äußern in Betrieben. Aber es wird nicht wahrgenommen." (FG2)

Die Erzählung aus der Beratungspraxis zeigt, dass Betroffene oftmals passiv reagieren, kündigen und sich eine andere Arbeitsstelle suchen, anstatt den Fall z.B. bei der Antidiskriminierungsstelle des Landes Schleswig-Holstein zu melden und sich auf Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) rechtliche Unterstützung zu holen.

Übereinstimmend berichten fast alle der Befragten, dass die Zunahme von Alltagsrassismus eine der größten Herausforderungen für das soziale Zusammenleben in der Stadt Pinneberg ist (FG1, FG2, WSG). Die Einschätzung der Befragten ist dabei, dass rassistische Verhaltensweisen im Alltag der *„breiten Bevölkerung"* von Pinneberg *„weit verbreitet"* sind (FG2) und dass es sich hierbei aber auch um ein „*gesamtgesellschaftliches*" Problem handelt, was durch rassistische Narrative in den sozialen Medien verstärkt wird (FG1). Die Teilnehmenden der Fokusgruppen beobachten Alltagsrassismus z.B. *„im Supermarkt, beim Bäcker, im Bus oder in der Bahn"* (FG2). Rassismus im Alltag zeigt sich nach Einschätzung der Befragten darin, *„wer bedient oder auch nicht bedient"* wird oder *„wem einladend oder nicht einladend"* begegnet wird (FG2).

Wie bereits einleitend zu diesem Abschnitt geschildert, stellt soziale und ökonomische Ungleichheit in Pinneberg insbesondere für Menschen aus EU-Mitgliedstaaten wie Rumänien oder Bulgarien eine besondere Herausforderung dar. Politische Partizipation hat für armutsbetroffene Menschen, deren Lebensalltag durch soziale Teilhabehürden erschwert wird, eine nachgeordnete Priorität, wie eine befragte Person im Einzelinterview schildert (I1). Nach ihrer Erfahrung steht zunächst das *„Ankommen"* in der Stadt Pinneberg im Vordergrund: Ganz praktische Fragen nach Spracherwerb, dem Kita- und Schulplatz, Sozialleistungen, Ausbildung und Arbeit bis hin zu Wohnraum müssen geklärt sein, bevor ein Interesse an politscher Beteiligung gegeben ist.

Mit Blick auf jene Menschen, welche diese Phase des Ankommens bereits hinter sich gelassen haben, wird in Bezug auf die Hürden für politische Partizipation auch auf exkludierende Mechanismen von Beteiligungsformaten hingewiesen, wenn etwa Teilnehmende der Fokusgruppe zum Thema Vielfaltgestaltung anmerken, dass die Runde mehrheitlich aus *weißen* Teilnehmer*innen besteht:

„Ich glaube, was mir als Erstes in der Runde hier aufgefallen ist … ja, wir sind sehr, sehr einseitig gelesen. Das ist was, wo ich mir gedacht habe, eigentlich müsste ich den Raum verlassen, zurücklaufen und fünf andere holen, die hier sitzen. … Ich finde es tatsächlich schwierig und ich glaube, wir brauchen generell eine andere Form der der Mitbestimmung und des Meinungsaustausches, der so angelegt ist, dass wir tatsächlich vielfältige Meinungen im Raum haben.“ (FG2)

Diese Erfahrung erleben Hauptamtliche der Integrationsarbeit in Pinneberg *„an vielen Orten“*; demnach binden Austauschrunden zum Thema Migration oftmals nur *weiße* Fachkräfte ein, jedoch nicht die Menschen mit Migrationsgeschichte selbst (FG2). Gründe für das Fehlen von migrantischen Selbstorganisationen werden insbesondere in der „Vereinsmeierei“ gesehen, wie es eine der Teilnehmenden ausdrückt:

„Ich glaube, dass ist unsere Art von Vereinsmeierei. Man muss einen Verein gründen und dieser Verein ist da irgendwo und vertritt die Meinung von Menschen. Wir müssen uns davon lösen. Wir brauchen uns anders. Und ich glaube, dass wenn wir, wenn wir Vielfalt denken, dann müssen wir anfangen, uns dem anders zu nähern. Ich glaube, dass die Art und Weise, wie wir es jetzt tun, allein schon ausgrenzend ist.“ (FG2)

2.4.3 Behindertenfeindlichkeit und Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Die Situations- und Ressourcenanalyse hat im gemeinsamen Gespräch mit dem federführenden Amt und der Koordinierungs- und Fachstelle thematische Schwerpunkte bestimmt, welche auch die spezifische Betrachtung ausgewählter marginalisierter Gruppen umfassten. Innerhalb des Werkstattgesprächs ist ergänzt worden, auch die Situation von Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen. Denn die Herausforderungen, welche sich in Bezug auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie die Themen Integration, Teilhabe und Diskriminierung gezeigt haben, betreffen auch diese soziale Gruppe innerhalb der Pinneberger Bevölkerung (WSG).

Innerhalb des empirischen Materials findet sich dahingehend eine weitere Einschätzung einer Teilnehmenden, wonach Behindertenfeindlichkeit innerhalb der Pinneberger Bevölkerung erneut gesellschaftsfähiger werde:

„Ich habe so den Eindruck, dass insgesamt einfach sehr viel mehr gesagt wird. Also die Grenzen von dem, was wir verbalisiert worden ist, sind einfach in den letzten zwei, drei Jahren, insbesondere im letzten Jahr absolut gesunken und das merkt man, finde ich, insgesamt in Unterhaltung, egal mit wem. … Also gewisse Sachen sind plötzlich salonfähig, die es vorher nicht mehr waren. Auch in jede Richtung, auch Behinderten gegenüber.“ (FG2)

Eine stärkere politische Beteiligung von Menschen mit Behinderung wird seit Oktober 2024 durch den Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Pinneberg ermöglicht.

2.5 KONFLIKTTHEMEN UM DEN ÖFFENTLICHEN RAUM

Die Innenstadt und der Rathausvorplatz sind Orte der Stadt, die häufig im Zuge politischer Konfliktthemen genannt werden. Hinsichtlich dieser öffentlichen Räume wird häufig von der Assoziation als Angstraum berichtet, welche oft in Verbindung mit hochaltrigen Frauen und der Nutzung durch Jugendliche und Gruppen junger Männer, die migrantisch gelesen werden, gebracht wird (FG1, FG2). Ein Teilnehmer der Fokusgruppen, welcher in einem Geschäft in der Innenstadt arbeitet, schildert die Wahrnehmungen der älteren Kundschaft wie folgt:

„Also ich arbeite hier [in der Innenstadt] und habe den ganzen Tag mit Menschen zu tun. Und … [es gibt] viele Menschen, … die sagen ‚Ja, wenn man jetzt hier so auf den Platz guckt, es sind ja nur noch andere Menschen da‘. Also das ist wirklich so, das kommt schon tatsächlich von vielen Kunden. Wobei ich finde es total schön, das so zu sehen. Aber es ist tatsächlich die Kritik gerade von älteren Damen häufig mal, dass es dann auch viele Männer sind und

dass sie dann auch so ein bisschen Angst haben vielleicht und sich nicht mehr ganz so sicher fühlen." (FG2)

Weitere Teilnehmende berichten übereinstimmend, dass ein wiederkehrendes Narrativ dieser Pinneberger „Stadtbild-Debatte" eine stigmatisierende Beschreibung der Innenstadt als „Basar" ist (FG1, FG2). Die nachfolgend beschriebenen Konflikte im öffentlichen Raum, welche durch die Teilnehmenden der Fokusgruppe überwiegend in der Innenstadt von Pinneberg lokalisiert werden, sollten, wie sowohl in der Fokusgruppe zum Thema Vielfaltgestaltung als auch im Werkstattgespräch betont wird, auch als „ein Thema von Vorurteilen und Rassismus" (WSG) betrachtet werden.

Der Seniorenbeirat hat Anfang 2025 deshalb ein Projekt zum Thema „Angsträume in Pinneberg kennen und benennen" ins Leben gerufen, um mit Hilfe von Sozialraumbegehungen jene Angsträume zu identifizieren und damit verbundene Erfahrungen zu erforschen (Erdbrügger 2025). Teilnehmende der Fokusgruppen beschreiben die Entstehung von Angsträumen entsprechend auch als Prozesse des Otherings[11], der zu Kriminalitätsfurcht führt:

„Ich war ja auch im Bereich Angsträume. … und da kam das Thema [Migration/Basar] auch auf. Und da war dann unser Ansatz zu gucken, es gibt objektive Gefahr, es gibt subjektive Gefahr, die objektive Gefahrenlage ist nicht erhöht. Wie gehe ich selber damit um? … Also bin ich Betroffene meiner eigenen Vorurteile?" (FG2)

Neben Prozessen des Otherings verstärken nach Einschätzungen der Teilnehmenden weitere Ursachen das subjektive Unsicherheits- und Unwohlgefühl in der Innenstadt. Hierzu gehört der Umgang mit Müll, die Lautstärke seitens junger Menschen und dass Jugendliche z.B. Feuerwerkskörper zünden, mit dem E-Scooter dicht auffahren oder es untereinander zu Rangeleien kommt. Ältere Pinneberger*innen empfinden das Verhalten der Jugendlichen als *„Respektlosigkeit"* (FG3). Die Wahrnehmung der Innenstadt als Angstraum gepaart mit einem Gefühl der Unsicherheit und des Unwohlseins bei älteren Menschen stellt ein wesentliches Narrativ der lokalen Gewerbetreibenden dar, welches das Wegbleiben der Kund*innen in der Einkaufspassage des Innenstadtgebiets begründet.

Diskussionen über die Attraktivität der Innenstadt und die Unzufriedenheit der Gewerbebetreibenden sind aus Sicht pädagogischer Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendarbeit allerdings multifaktoriell zu betrachten. So sei der Konflikt nicht einzig im Verhalten der Jugendlichen zu verorten, sondern ebenso sind Aspekte wie eine geringere Kaufkraft innerhalb der Stadtbevölkerung mögliche Ursachen dafür, dass Menschen die Innenstadt als Einkaufsmöglichkeit weniger nutzen. Es ist aus Sicht der teilnehmenden pädagogischen Fachkräfte der Fokusgruppen deshalb wichtig zu reflektieren, weshalb die Jugendlichen sich im öffentlichen Raum in der Innenstadt aufhalten. Zu den genannten Gründen zählen: freies W-Lan, Sitzmöglichkeiten ohne Konsumzwang, günstige Getränke sowie fehlende alternative attraktive Räume. Der Skatepark unter der Hochbrücke wird als wesentlicher Raum für einen Handlungsansatz betrachtet, um diesem Bedarf entgegen zu kommen (FG3).

Die Fokusgruppen und Einzelinterviews zeigen zudem, dass die Debatte um die Pinneberger Innenstadt auch ein politisches Konfliktpotenzial enthält. Eine teilnehmende Person der Fokusgruppen schildert ihre Beobachtungen, wonach in lokalen Facebook-Gruppen Nutzer*innen Vorurteile gegen Menschen mit Einwanderungsgeschichte reproduzieren, indem diese Beschwerden an die Kommunalpolitik über eine zu hohe Dichte internationaler Geschäfte in der Innenstadt richten (FG1, FG2). Zudem schildert die Teilnehmerin, dass solche Formen der Beschwerde, welche sich negativ und rassistisch auf die Zahl der Geschäfte mit vermeintlich

[11] Der Begriff des „Otherings" beschreibt Prozesse, in denen aufgrund gesellschaftlicher Machtgefüge, eine Grenzziehung zwischen sozialen Gruppen stattfindet. Während die Eigengruppe eine Aufwertung erfährt, wird die Fremdgruppe abgewertet, was oftmals mit stereotypen Zuschreibungen z.B. in Bezug auf kriminelles Verhalten einhergeht (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA) o.J.).

ausländischen Inhaber*innen beziehen, nicht nur über die sozialen Medien, sondern auch über Leserbriefe an die Kommunalpolitik gerichtet werden (FG2).

In einem Einzelinterview kommt ein Befragter zu dem Schluss, dass sich in der Debatte um die Pinneberger Innenstadt daher auch Defizite in Bezug auf die Konfliktfähigkeit und Diskussionskultur zeigen, wie die folgende Erzählung deutlich macht:

> *„Ich habe immer so den Eindruck, die Lunte wird immer kürzer, das Verständnis für eine Gegenposition wird immer geringer. Es gibt ja kaum mehr, dass man auch mal aushält, andere Meinungen zu haben. … Also was den allgemeinen Umgang anbelangt, die sozialen Medien spielen auch mit rein, das merkt man auch hier. … [Wenn z.B. das] Stadtmarketing Veranstaltungen hier in Pinneberg für alle Pinneberger*innen [durchführt] und trotzdem immer die Kommentare hoch gehen, die auch mal beleidigend sein können usw. … Ob das jetzt um die Situation der Innenstadt geht und wer Schuld hat, es muss immer irgendjemand Schuld haben. … Aber ansonsten habe ich so den Eindruck, die Konfliktfähigkeit wird immer, die Toleranz wird immer geringer. Aber ich glaube, das ist jetzt auch keine neue und bahnbrechende Erkenntnis, die nur für Pinneberg gilt oder so.“ (I3)*

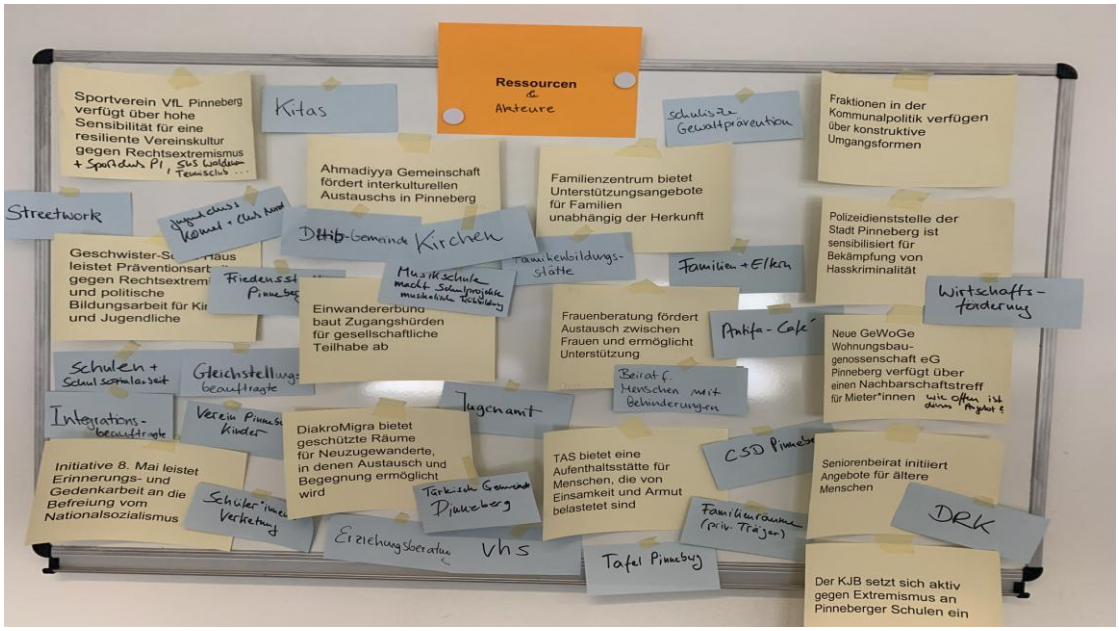
Übereinstimmend kommen die Teilnehmenden der Fokusgruppen zu dem Ergebnis, dass eine zielgruppenübergreifende Begegnungsstätte bzw. ein Kulturzentrum in der Stadt Pinneberg fehlt, welches allen Bevölkerungsgruppen offensteht (FG2, FG3). Denn die Förderung von Begegnungen und von Austausch verschiedener sozialer Gruppen wird – über alle Fokusgruppen hinweg und insbesondere hinsichtlich der Konflikte im öffentlichen Raum – als notwendiger Handlungsansatz für die Stärkung des demokratischen Gemeinwesens der Stadt Pinneberg und zur Lösung lokaler Problemlagen betrachtet. Ein multifunktionales Gebäude in der Innenstadt könnte aus Sicht der Teilnehmenden der Fokusgruppen – auch vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen und fehlender bzw. teilweise gefährdeter zielgruppenspezifischer Schutzräume (FG2) – eine dauerhafte Perspektive bieten und zur Sicherung bestehender Angebote beitragen.

3 RESSOURCEN DER STADT PINNEBERG

Nachfolgend werden die Ressourcen der Stadt Pinneberg skizziert. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Akteur*innen der Zivilgesellschaft, z.B. ehrenamtliche Initiativen, migrantische Selbstorganisationen sowie Träger aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, die die skizzierten Problemlagen konstruktiv bearbeiten (können). Im Rahmen der Situations- und Ressourcenanalyse wurden einige Einrichtungen und Initiativen durch Teilnehmende der Fokusgruppen, in den Einzelinterviews sowie insbesondere im Werkstattgespräch genannt und durch ihre Arbeit hervorgehoben.

Für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sind dies insbesondere die drei offenen Jugendclubs der Stadt (Geschwister-Scholl-Haus, Club Nord, Komet), die aufsuchende Straßensozialarbeit (Streetwork), die Schulen und die Schulsozialarbeit sowie die schulische Gewaltprävention. Ebenso werden in diesem Bereich die Kindertagesstätten sowie der Verein Pinneberger Kinder genannt. Darüber hinaus werden Freizeit- und Kulturangebote als zentrale Ressourcen genannt. Hierzu zählen der Sportverein VfL Pinneberg sowie die weiteren Sportvereine der Stadt Pinneberg beispielsweise der Tennisclub Pinneberg. Darüber hinaus werden die Musikschule und die Volkshochschule genannt. Zu den ehrenamtlichen Initiativen der Stadt im Bereich antifaschistischer Erinnerungsarbeit gehören die Initiative 8. Mai sowie das Antifa-Café. Darüber hinaus ist die Initiative für den CSD Pinneberg ein wichtiger Akteur zur Förderung von Diversität und Vielfalt. Zu den gemeinwohlorientierten Einrichtungen gehören unter anderem auch die Kirchen und das Katharina-von-Bora-Haus. Hier sitzt u.a. das Diakonische Werk in der Stadt Pinneberg, wo neben der DiakoMigra als Beratungsstelle für Neuzugewanderte auch eine Tagesaufenthaltsstätte (TAS) für einkommensschwache Menschen beheimatet ist. Darüber hinaus sind wichtige Einrichtungen und Organisationen aus diesem Bereich das Familienzentrum, die Frauenberatung, der Einwandererbund, die Pinneberger Tafel, das Deutsche Rote Kreuz sowie die Freiwillige Feuerwehr Pinneberg. Ebenfalls genannt werden migrantische Selbstorganisationen wie die Ahmadiyya-Gemeinschaft und die Türkische Gemeinde Pinneberg. Im stätischen Sektor gehören zu den genannten Ressourcen die Integrations- und Gleichstellungsbeauftragten, das Jugendamt, die Polizeidienststelle Pinneberg ebenso wie die Neue GeWoGe Wohnungsbaugenossenschaft eG und die Wirtschaftsförderung. Zu den zentralen politischen Gremien gehören der Kinder- und Jugendbeirat, die Schüler*innenvertretung, der Seniorenbeirat sowie der Beirat für Menschen mit Behinderung.

Abbildung 7: Akteurslandschaft der Stadt Pinneberg



Darstellung im Rahmen des Werkstattgesprächs, 2025.

4 STRATEGIEN, BEDARFE UND EMPFEHLUNGEN

Ausgehend von den bereits dargestellten Problemlagen und Ressourcen werden im Folgenden bereits erfolgreich implementierte Strategien sowie Bedarfe und Empfehlungen benannt. Die hier dargestellten Empfehlungen sind als Inspiration und Reflexionsgrundlage für die gemeinsame Weiterentwicklung im Bündnis zu verstehen. Es handelt sich nicht um konkrete Handlungsaufforderungen an die Partnerschaft für Demokratie.

Netzwerke verstetigen – Doppelstrukturen vermeiden

Die Partnerschaft für Demokratie in Pinneberg besteht seit etwa drei Jahren und gehört damit zu den jüngeren Partnerschaften des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Dementsprechend waren die Aktivitäten bislang auch durch den strukturellen Aufbau gekennzeichnet. Ein exemplarisches Beispiel hierfür ist die erste Demokratiekonferenz im Jahr 2023 mit dem thematischen Schwerpunkt „Zivilgesellschaftliche Teilhabe“. Zwei Jahre später wird seitens der Teilnehmenden des Werkstattgesprächs, welches im Kontext der Demokratiekonferenz 2025 umgesetzt worden ist, darauf hingewiesen, dass es „Orte der Verstetigung“ braucht, wo die unterschiedlichen Akteur*innen zusammenkommen, um Ansätze und Strategien weiterzuverfolgen (WSG).

Das Potenzial der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen der Stadt Pinneberg ist den Befragten bewusst, allerdings fehlt es aus ihrer Sicht an einer übergeordneten Struktur, welche einen „*Überblick über die Ressourcen hat*“ (WSG). In einem Einzelinterview schildert eine der befragten Teilnehmenden Herausforderungen einer sektorübergreifenden Netzwerkarbeit ausgehend von den Erfahrungen der Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten in Pinneberg folgendermaßen:

> *„Ich habe oftmals den Eindruck und das war auch die Situation mit der Flüchtlingsbewegung, dass man erst so nach und nach mitbekommen hat, wer denn da alles noch was macht. Das heißt, da ist auch immer viel parallel gelaufen, ohne dass man voneinander wusste. Und da gehen so viele Ressourcen bei verloren. Und das wünsche ich mir, wenn das weiter intensiviert wird, dass man zum Beispiel auch vielleicht Portale einrichten kann, um stärker voneinander zu wissen, wer macht eigentlich in welchem Bereich was und wer kann wen wie unterstützen.“ (I3)*

Der Bedarf nach einem Wissensnetzwerk, z.B. in Form eines Informationsportals, wird auch während des Werkstattgesprächs von den Beteiligten weiterverfolgt. Die Beteiligten formulieren etwa den Vorschlag eines „Sozialwegweisers“ für die Stadt Pinneberg, wie dieser auch in anderen Städten und Kommunen bereits umgesetzt wird. Ein Sozialwegweiser ist eine digitales Informationsportal, welches Bildungs- und Beratungsangebote sowie Informationen zu sozialen Angeboten von Ämtern, Wohlfahrtsverbänden und sozialen Trägern bündelt. Für den Bereich der Integration gibt es seit 2025 für den Kreis Pinneberg etwa die mehrsprachig aufgebaute „Integreat App“, welche als niedrigschwelliges Angebot zur Förderung von sozialer Teilhabe hervorgehoben wird (I1).

Neben digitalen Formaten, welche Informationen über Akteur*innen, Arbeitsansätze und Strategien in der Stadt Pinneberg bündeln, formulieren die Teilnehmenden auch den Bedarf an analogen Formaten, welche die Netzwerkarbeit in der Stadt verstetigen. Ein regelmäßiger Austausch von zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteur*innen findet beispielsweise im AK Soziales, beim Runden Tisch Kultur oder im Kriminalpräventiven Rat statt. Im Zuge des Werkstattgesprächs wird allerdings darauf hingewiesen, dass bei diesen regelmäßigen Austauschrunden wichtige Akteur*innen fehlen (WSG).

Die Partnerschaft für Demokratie könnte an solchen Formaten ansetzen, indem sie zunächst auf der eigenen Homepage einen „Wegweiser“ zu den Angeboten zusammenstellt, welche für die Bereiche Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention von Bedeutung sind. So könnte die Partnerschaft für Demokratie auch den Bedarf aufgreifen, über die

Aktivitäten, welche mit der Förderung realisiert worden sind, zu informieren. Die Teilnehmenden des Werkstattgesprächs wünschen sich auf der Homepage der Partnerschaft auch Informationen zu den Demokratiekonferenzen. Hinsichtlich der bereits umgesetzten Ansätze und Strategien in der Stadt Pinneberg könnte die Homepage auch über Projekte aus der Förderung und damit einhergehende Erfahrungen berichten. Hinsichtlich der analogen Austauschrunden besteht bereits die Zielsetzung für die nächste Förderperiode, verstärkt Informationen in die bestehenden Netzwerke der Stadt zu streuen (siehe Abschnitt: 2.2.3). Im Rahmen des Werkstattgesprächs wurde auch der Wunsch an die Partnerschaft formuliert, weitere Möglichkeiten für regelmäßige hybride Netzwerktreffen zu implementieren, bei denen die verschiedenen Fachkräfte aus den unterschiedlichen Bereichen der Stadt an wechselnden Oberthemen weiterarbeiten können.

Migrantische Selbstorganisationen unterstützen und in die Netzwerke einbinden

Im Anschluss an eine der Fokusgruppen hat ein Vertreter einer migrantischen Selbstorganisation den Bedarf formuliert, mehr Unterstützung bei der Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu erhalten. Dieser Bedarf geht auch auf die Problemlagen zurück, welche die etablierten Fachkräfte hinsichtlich der Integrationsarbeit und der Einbindung migrantischer Organisationen und Initiativen bei den Beteiligungsformaten der Stadt mit der Metapher der „Vereinsmeierei“ formuliert haben (siehe Abschnitt: 2.4.2). In einem der Einzelinterviews wird die Situation in Pinneberg hinsichtlich migrantischer Selbstorganisationen mit jener in Hamburg verglichen:

> *„Ich war ja vorher auch viele Jahre in der Integrationsarbeit in Hamburg tätig. Das ist eine ganz, ganz andere Struktur in Pinneberg. … Wir haben nicht so eine gute Vereinsstruktur in Pinneberg mit so vielen Verbänden. Ich sag mal, … in Hamburg habe ich einfach so viele Migrantenorganisationen, die so viele Themen abdecken und so viele kulturelle Gruppen usw. auch hinter sich vereinen. Das habe ich in Pinneberg einfach gar nicht. Und ich finde, die Perspektive wird viel zu wenig mitgenommen, aber es gibt halt auch, finde ich, keine große Vereinsstruktur. … Ja, es ist also in dem Bereich wirklich auch eine schwache Struktur. Vielleicht auch, weil das Thema nie so im Fokus der … Stadtentwicklung war. Ich kenn das jetzt hier aus Hamburg, da wurde auch von Seiten der Politik ein starker Schwerpunkt daraufgelegt, wurden sehr viele Fördermittel freigegeben, damit Vereinsgründungen unterstützt werden und damit Migranten mehr sichtbar werden, dass ihre Perspektiven mit eingeholt werden. Das ist in Pinneberg nicht der Fall.“ (I4)*

Die Schilderung verdeutlicht, dass durch finanzielle Förderung auch die Vereinsgründung für migrantisches Engagement unterstützt werden kann. Die Sozialbehörde der Stadt Hamburg hat beispielsweise eine Förderrichtlinie zur Förderung interkultureller Projekte und Veranstaltungen entwickelt, bei der „Projekttandems“ gefördert worden sind.[12] Solche Projekttandems könnten aus einem etablierten Träger der Stadt Pinneberg und einer migrantischen Selbstorganisation bestehen, welche selbst noch über keine Vereinsstruktur verfügt und durch das Projekttandem gleichberechtigt an der Umsetzung einer gemeinsamen Projektidee beteiligt wird.

Die Partnerschaft für Demokratie kann in unterschiedlicher Form zu der Stärkung von interkulturellen und interreligiösen Begegnungsmöglichkeiten beitragen, welche die Grundlage für zukünftige Projekttandems bilden können. Innerhalb der Fokusgruppen und des Werkstattgesprächs sind diesbezüglich insbesondere Nachbarschafts- und Stadtteilfeste genannt worden, welche durch einen Aktionsstand der Partnerschaft für Demokratie begleitet werden können, bei dem über die Möglichkeiten der Projektförderung und die Aktionen der Stadtgesellschaft im Rahmen von „Demokratie leben!“ informiert wird. Zu den bereits erfolgreich umgesetzten Strategien in der Stadt Pinneberg gehört auch die Umsetzung von interkulturellen Sportfesten wie in der Vergangenheit durch den VfL Pinneberg. Die Gestaltung eines gemeinsamen

[12] https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/sozialbehoerde/themen/integration/foerderrichtlinie-integration-39340, letzter Zugriff am 16.12.2025.

internationalen Buffets, wie dies etwa durch den Club Nord bei der Gestaltung eines Tages der offenen Tür umgesetzt worden ist, kann ein möglicher Ansatz sein, um die vielfältige Stadtgesellschaft niedrigschwellig bei der Organisation einer gemeinsamen Veranstaltung in Kontakt zu bringen. Beides können Impulse sein, um „*neue Wege der Ansprache*“ sowie eine veränderte „*Einladungskultur*“ in Bezug auf Beteiligungsprozesse zu entwickeln, welche Diversität ernst nimmt und marginalisierte Gruppen mitdenkt, wie dies von einer Fachkraft aus dem Bereich der Integrationsarbeit angeregt worden ist (FG2).

Stärkung von Pinneberg als vielfältige Stadt

Die Partnerschaft für Demokratie der Stadt Pinneberg hat in der letzten Förderperiode einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens durch den Abbau von Diskriminierung gelegt (siehe Abschnitt: 2.2.2). Die Fokusgruppen und das Werkstattgespräch haben an vielen Stellen verdeutlicht, dass Begegnung und Dialog auch aus Sicht der Pinneberger Fachkräfte zentral sind, um Vorurteile abzubauen. Die Umsetzung von Maßnahmen, welche interkulturellen sowie interreligiösen Austausch fördern und die Vielfalt der Stadtgesellschaft sichtbar machen, sollten entsprechend weiterverfolgt werden. Lokale Initiativen, Organisationen und Vereine haben eigenständig oder gemeinsam mit der Partnerschaft für Demokratie und der Stadt Pinneberg bereits eine Reihe positiver Beispiele umgesetzt, welche weiter ausgebaut werden können. Hierzu gehört etwa die partizipative Entwicklung eines Leitbildes für den VfL Pinneberg, um die Diversität des Sportvereins zu stärken, die Entwicklung eines Vereinslogos im Regenbogendesign, welches die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt des Sportvereins sichtbar macht, sowie Diskussionsveranstaltungen zum Thema Queerfeindlichkeit im Sport, um Diskriminierung und Hass entgegenzuwirken. Die hier gesammelten Erfahrungen können beispielsweise für andere Vereine und Initiativen der Stadt aufbereitet werden, um sie auf andere Kontexte zu übertragen.

Abbau von Teilhabehürden bei Freizeit- und Kulturangeboten

Die Fokusgruppen, Einzelinterviews und das Werkstattgespräch haben gezeigt, dass auch in Pinneberg und insbesondere in Pinneberg-Nord die Kinder- und Jugendlichen aus ökonomisch schwachen Familien unter sozialen Zugangshürden bei Kultur- und Freizeitangeboten leiden. Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund sind aufgrund struktureller Diskriminierung besonders häufig betroffen. Die Stadt Pinneberg verfügt mit dem Bundesprogramm „Bildung und Teilhabe“ sowie dem „Sozialpass“ (I3, I4) über niedrigschwellige Förderinstrumente, um den Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten und Freizeitaktivitäten wie der Mitgliedschaft im Sportverein auch für einkommensschwache Menschen zu ermöglichen. Es hat sich in der Stadt Pinneberg gezeigt, dass die Betroffenen diese Angebote oftmals nicht kannten, weshalb durch Einrichtungen wie die Volkshochschule begonnen wurde, proaktiv Menschen auf die Förderinstrumente hinzuweisen und so die Inanspruchnahme zu erhöhen. Diese Erfahrung kann auch für andere Bereiche wertvoll sein. Darüber hinaus wurde der Bedarf von niedrigschwelligen und empowernden Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit formuliert, welche explizit auf die Bedürfnisse von Mädchen ausgerichtet sind, die aufgrund kultureller Gebote und Normen seitens des Elternhauses an Freizeit- und Sportangeboten der Stadt nicht teilnehmen dürfen. Ein weiterer Bedarf richtete sich an die Sportvereine der Stadt. So wünschen sich migrantische Selbstorganisationen Sporträume bzw. die kostenlose Nutzung von Sporthallen durch den Verein (WSG).

Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung

Die Darstellung der Problemlagen in der Stadt Pinneberg hat gezeigt, dass die Prävention von Rechtsextremismus eine wichtige Aufgabe für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Stadt Pinneberg darstellt. Genannt werden hierbei die Förderung der Medien- und Nachrichtenkompetenz (WSG), der Ausbau von Fähigkeiten und Kompetenzen zur Erkennung rechtsextremer Agitation im Netz (FG1) sowie die politische Bildungsarbeit, um das Verständnis demokratischer Prozesse im Kindes- und Jugendalter zu fördern (I2). Für den schulischen Bereich sind

bereits erste Ansätze für ein Projekt im Bereich der Rechtsextremismusprävention in Planung (I2). Insbesondere zu diesem Handlungsbedarf kann ein weiterführender regelmäßiger Austausch der lokalen Fachkräfte als sinnvoll erachtet werden, um frühzeitig auf aufkommende Problemlagen zu reagieren.

Die Stärkung gesellschaftlicher Werte wie Empathie, Solidarität und Rücksichtnahme, um der dargelegten Herausforderung fehlender Konfliktfähigkeit in Bezug auf eine demokratische Diskussionskultur entgegenzuwirken (siehe Abschnitt: 2.5), wird von den Teilnehmenden des Werkstattgesprächs als einer der wichtigsten Handlungsbedarfe der Partnerschaft für Demokratie betrachtet. Eine besondere Herausforderung stellt in dieser Hinsicht der Zugang zu Erwachsenen dar, die aus Sicht der Teilnehmenden, insbesondere wenn Wissensformate belehrend aufgebaut sind, ablehnend auf politische Bildung reagieren (WSG).

Da im Zuge der Situations- und Ressourcenanalyse immer wieder auf den Bedarf nach Begegnungsorten hingewiesen wurde, gleichzeitig aber stets das Problem fehlender Räumlichkeiten für die Umsetzung angemahnt wurde, könnte das Projekt *„Raum nehmen – Interventionen für demokratisch-kontroverse Lebenswelten“,* welches als Innovationsprojekt durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert wurde, eine Anregung sein. Das Projekt zielt auf den Abbau neonazistischer und antidemokratischer Diskurse, indem Aktionen im öffentlichen Raum umgesetzt werden, um so *„die Sichtbarkeit von demokratischen Positionen [zu stärken] und … notwendige Räume für Begegnung und Austausch [zu bieten]“*[13]. Das Konzept der AGJF Sachsen e.V. sieht dabei vor, dass die Aktionen im öffentlichen Raum explizit dort umgesetzt werden, wo gesellschaftliche Konflikträume lokalisiert werden können. Solche Narrative von Konflikträumen, die rassistisch aufgeladen sind und Jugendliche als „*Verursachende von Problemen*“ markieren, finden sich nicht nur hinsichtlich der Umsetzungsorte der AGJF Sachsen e.V.,[14] sondern zeigen sich auch anhand der Diskurse um die Pinneberger Innenstadt. Austausch anregende Maßnahmen im öffentlichen Raum, direkt in der Pinneberger Innenstadt, können dazu beitragen, gesellschaftliche Konfliktthemen niedrigschwellig zu bearbeiten. Ein Austausch mit der AGJF Sachsen e.V. zur Umsetzung eines ähnlichen Projekts in Pinneberg könnte durch die Partnerschaft für Demokratie für die Mitglieder im Bündnis und interessierte Fachkräfte umgesetzt werden.

[13] https://www.agjf-sachsen.de/mut-raum-nehmen.html, letzter Zugriff am 30.11.2025.

[14] https://einfachgutgemacht.joddid.de/, letzter Zugriff am 30.11.2025.

5 LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

Berufliche Schule des Kreises Pinneberg in Pinneberg (o.J.): Historical Development. Pinneberg. https://bspi.de/about-us, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2022): Rechtsextremismus: Symbole, Zeichen und verbotene Organisationen.

Bundeskriminalamt (2024): Themenfeldkatalog zur Kriminaltaktischen Anfrage in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KTA-PMK). Stand: 17.10.23* – Gültig: ab 01.01.24. https://polizei.thueringen.de/fileadmin/tlka/statistik/PMK/Anlage_06_Themenfeldkatalog_zur_KTA-PMK.pdf, letzter Zugriff am 27.11.2025.

Bundesministerium des Innern (2025): Verfassungsschutzbericht 2024.

Der Landeswahlleiter des Landes Schleswig-Holstein/Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2023): Kreiswahlen in den Kreisen und Gemeindewahlen in den kreisfreien Städten. Amtliches Endergebnis für die Wahlkreise 15-17 im Kreis Pinneberg vom 14. Mai 2023. Hamburg. https://www.wahlen-sh.de/kreiswahlen_kreis_01056.html, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Der Landeswahlleiter des Landes Schleswig-Holstein/Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2025): Bundestagswahl in Schleswig-Holstein 2025. Amtliches Endergebnis der Stadt Pinneberg vom 23. Februar 2025. Hamburg. https://www.wahlen-sh.de/btw25/ergebnisse_gemeinde_010560039039.html, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Deutscher Bundestag (2024): Drucksache 20/12454 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke – Drucksache 20/11926 – Bundesweites Agieren der rechtsextremen Partei „Der III. Weg. Berlin. https://dserver.bundestag.de/btd/20/124/2012454.pdf, letzter Zugriff am 25.11.2025.

Eggers, Maureen Maisha/Grada Kilomba, Peggy Piesche/Arndt, Susn (2005): Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. Münster.

Einsle, Robert (2025): Leben im Quellental: Was den Stadtteil in Pinneberg ausmacht. Pinneberg. https://www.pinneberg-aktuell.de/quellental/, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Erdbrügger, René (2025): Senioren sollen Angsträume in Pinneberg kennen und benennen. In: sh:z Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag.

GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (2021): Glossar - „Bill Gates“ und „Neue Weltordnung“, unter Mitarbeit von Dr. phil. Darja Pisetzki, ehem. Projektmitarbeiterin der GRA.

Hecking, Britta/Schwenzer, Victoria (2025): Situations- und Ressourcenanalyse der Stadt Neustadt in Holstein. Berlin.

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA) (o.J.): Was ist „Othering“? https://www.vielfalt-mediathek.de/begriffe/othering, letzter Zugriff am 15.12.2025.

Karliczek, Kari-Maria/Rocha, Jasmin (2021): Chancen und Grenzen von Partizipation. Die Organisation partizipativer Prozesse im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Krieg, Yvonne/Beckmann, Laura/Kliem, Sören (2019): Regionalanalyse Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein 2018. Hannover. https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_149.pdf, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Matuschek, Peter (2019): Mögliche Ursachen für die rückläufige Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen - einige Befunde aus der Wahlforschung. In: Vetter, Angelika/Haug, Volker M. (Hg.):

Kommunalwahlen, Beteiligung und die Legitimation lokaler Demokratie: Tagungsband. Wiesbaden, S. 42–73.

Meiering, David (Hg.) (2022): Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten': Kritische Analysen antidemokratischen Denkens. 1. Auflage. Wiesbaden.

Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein (2025): Verfassungsschutzbericht 2024 Schleswig-Holstein. Kiel.

NRD Fernsehen/Schleswig-Holstein Magazin (2025): Nach A7-Unfall: Kritik an Demos auf Autobahnbrücken. https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/schleswig-holstein_magazin/nach-a7-unfall-kritik-an-demos-auf-autobahnbruecken,shmag-3632.html, letzter Zugriff am 27.11.2025.

Partnerschaft für Demokratie Pinneberg (2024): Sachbericht im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Partnerschaft für Demokratie Pinneberg (2025): Antrag für den Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf Gewährung von Zuwendungen.

Roolfs, Jann (2024): Holocaust geleugnet: Angeklagter aus Pinneberg zu Geldstrafe verurteilt. In: sh:z Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag.

Salzborn, Samuel (2018): Rechtsextremismus? Rechtsradikalismus? Extreme Rechte? Rechtspopulismus? Neonazismus? Neofaschismus? Begriffsverständnisse in der Diskussion. In: Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit. Düsseldorf, S. 5–9.

Schäfer, Armin (2008): Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. https://www.mpg.de/446963/forschungsSchwerpunkt.pdf, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Schleswig-Holsteinischer Landtag (2025): Drucksache 20/3006 Kleine Anfrage des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD) und Antwort der Landesregierung – Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport (MIKWS). Kiel. https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/03000/drucksache-20-03006.pdf, letzter Zugriff am 27.11.2025.

Stadt Pinneberg (o.J.): Verzeichnis der Schulen in der Stadt Pinneberg. Pinneberg. https://www.pinneberg.de/Leben-in-Pinneberg/Bildung/Schulen/Verzeichnis-Schulen/, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Stadt Pinneberg (o.J.): Verzeichnis der Schulen in der Stadt Pinneberg. Pinneberg. https://www.pinneberg.de/Leben-in-Pinneberg/Bildung/Schulen/Verzeichnis-Schulen/, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Stadt Pinneberg Fachbereich III: Stadtentwicklung, Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung (2024): Strukturbericht 2023. Berichtswesen der Stadt Pinneberg. Pinneberg. https://www.pinneberg.de/Leben-in-Pinneberg/Wissenswertes-zur-Stadt-Pinneberg/Strukturberichte-Pinneberg/, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Stadtmarketing Pinneberg e.V. (o.J.): Geschichte Pinnebergs. Pinneberg. https://www.innenstadt-pinneberg.de/geschichte_pinnebergs_de_301.html, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Starkbaum, Johannes et al. (2023): Endbericht. Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie. https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6648/4/ihs-report-2023-starkbaum-auel-et-al-endbericht-ursachenstudie-skepsis-wissenschaft.pdf, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2024a): Bevölkerung in Schleswig-Holstein am 15.05.2022 nach Einwanderungsgeschichte. Basis der Auswertung sind Ergebnisse

des Zensus 2022 mit Stichtag 15.05.2022. Hamburg. https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/zensus/ergebnisse-zensus-2022/ergebnisse-fuer-schleswig-holstein, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2024b): Korrektur: Bevölkerung in Schleswig-Holstein nach Staatsangehörigkeit im Vergleich. Basis der Auswertung sind Ergebnisse des Zensus 2022 mit Stichtag 15.05.2022. Hamburg. https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/zensus/ergebnisse-zensus-2022/ergebnisse-fuer-schleswig-holstein, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2024c): Bevölkerung in Schleswig-Holstein am 15.05.2022 nach Alter, Geschlecht und Familienstand. Hamburg. https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/zensus/ergebnisse-zensus-2022/ergebnisse-fuer-schleswig-holstein#c10847, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2025): Statistisches Jahrbuch. Schlesig-Holstein - Berichtsjahr 2023. 16. Kapitel: Wahlen. Hamburg. https://www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/statistische-jahrbuecher, letzter Zugriff am 24.11.2025.

Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin.

Strobl, Natascha (2021): Vom “Großen Austausch” zum “Great Reset” – Wie Verschwörungsideologien populär werden.

Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V. (2025): Monitoring 2024. https://www.zebraev.de/monitoring-2024/, letzter Zugriff am 27.11.2025.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico/Achour, Sabine (2023): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. 2. korr. Auflage. Bonn.

CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG, PRAXISBEGLEITUNG UND FORSCHUNG IM SOZIALEN BEREICH GGMBH

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE